

Stenographisches Protokoll

44. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Montag, 5. August 2002

Inhalt

Fragestunde (S. 5344)

Tagesordnung (S. 5358)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 5358)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 5358)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 5359)

1. Ldtgs.Zl. 140-18/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Klubs betreffend Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zur Koralmbahn

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 5359)

Zur Dringlichkeit: Unterrieder (S. 5360), Dr. Wutte (S. 5362)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5363)

Debatte: Schwager (S. 5363), Koncilia (S. 5366), Dörfler (S. 5368), Ramsbacher (S. 5369), Schlagholz (S. 5371), Baumann (S. 5372), Schober (S. 5373), Wurmitzer (S. 5375), Dr. Egger (S. 5376), Dr. Ambrozy (S. 5377), Lobnig (S. 5380), Mag. Grilc (S. 5380)

Einstimmige Annahme (S. 5381)

Zusatzantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs (S. 5381)

Einstimmige Annahme. (S. 5381)

Zusatzantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs (S. 5381)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP ja) (S. 5381)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 5382)

Mitteilung des Einlaufes (S. 5382)

A) Dringlichkeitsantrag (S. 5382)

2. Ldtgs.Zl. 612-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rettung der Halbinsel "Maria-Loretto"

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Dr. Kaiser (S. 5382)

Zur Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 5383), Dr. Strutz (S. 5383)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: ja) (S. 5384)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 5384)

Beginn: Montag, 5.8.2002, 09.05 Uhr

Ende: Montag, 5.8.2002, 12.05 Uhr

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Dritter Präsident **Mitterer**

Anwesen: 34 Abgeordnete

Entschuldigt: Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Abgeordneter **Ing. Eberhard**

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Klamt**, **Dr. Kanovsky-Wintermann**, **Mag. Trunk**, **Ing. Gruber**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Lan-

desrat **Ing. Rohr**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**
Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)
Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 44. Sitzung als verlangte Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie auf das Herzlichste. Ich begrüße insbesondere auch auf der Regie-

runksbank Frau Landesrätin Dr. Schaunig-Kandut, die Mitarbeiter des Amtes sowie die Frau Bundesrätin und auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besucherbank.

Ich stelle fest, daß der Landtag beschlußfähig ist. Entschuldigt hat sich Präsident Ferlitsch und Bundesrat Herbert Würschl. Ich darf auch die Klubobmänner ersuchen, mir mitzuteilen, ob der eine oder andere Abgeordnete heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Ich komme zur

Fragestunde

der 44. Sitzung des Kärntner Landtages; zur 1. Anfrage.

1. Ldtgs.Zl. 327/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Ich ersuche, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Hoher Landtag! Enorm viele Bürger unseres Landes stecken heute hoffnungslos in den roten Zahlen und können ihre finanziellen Verpflichtungen aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen nicht mehr erfüllen. Besonders besorgniserregend, und das unterstreicht auch eine Studie der Österreichischen Gewerkschaftsjugend in Kärnten, ist die Anzahl der jungen Menschen die bereit sind, sich schon teilweise vor dem Eintritt in das gesicherte Berufsleben in Schulden zu stürzen, um sich damit Statussymbole wie Handys, Bekleidung, Sport- und Freizeitgeräte, den Besuch in In-Discos, zu finanzieren.

Ich frage Sie daher, Frau Landesrätin: Welche Möglichkeiten sehen Sie, der zunehmenden Verschuldung Jugendlicher vorbeugend entgegenzuwirken?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage von Jugendlichen, die zunehmend auch in Verschuldensfallen geraten sind, ist eine die meine zuständige Fachabteilung, die bevorrechtete Schuldnerberatung des Landes Kärnten und mich schon seit einiger Zeit beschäftigt. Der Ausgangspunkt vieler Gespräche waren die Erfahrungen der Schuldnerberatung, aber auch die Anmerkungen von Lehrerinnen und Lehrern in diesem Bereich. Und das Ergebnis war ein Teil einer Kampagne, die jetzt umgesetzt wird und zwar eine Beratungs- und Präventionskampagne die sich über ein Schulprojekt hin bis zu entsprechenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Schuldnerberatung, die sich speziell auf Präventionsarbeit spezialisieren werden, erstreckt.

Vielleicht ein weiteres Beispiel zu den Beispielen die Herr Abgeordneter Herr Dr. Kaiser schon angeführt hat. Nur eine einzige Zahl. Die sogenannte "Heavy-User-Group" von Jugendlichen verschickt über die Handys eines einzigen Telefonbetreibers per SMS täglich 1,2 Millionen Glückwunsch-, Liebes- und Verabredungskurzmitteilungen. Bei einem Einzelpreis von Schilling 3,50 werden auf diese Weise an einem Tag 4,2 Millionen Schilling ausgegeben. In einem Jahr summieren sich diese Ausgaben auf gigantische 1,5 Milliarden Schillinge. Diese Zahlen stammen aus dem Ende des letzten Jahres. Auch die Marketingstrategien vieler Unternehmen,

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

und nicht nur von Kreditinstituten, umwerben Kinder und Jugendliche besonders heftig. Ausgaben, die sich zum Teil im nachhinein als völlig unsinnig und das noch dazu auf Kredit herausstellen, werden von ihnen von vielen Seiten schmackhaft gemacht. Über die Gefahren, die darin liegen, sprich die Werbung der Firmen, allerdings nicht. Und um junge Kundschaft zu erschließen, werden unter Umständen auch die Bestimmungen zum Schutz Minderjähriger übersehen. Um die bedrohliche Entwicklung der Verschuldung zu bremsen und möglichst viele junge Menschen davor zu bewahren, in die Schuldenfalle zu tappen, bedarf es breitgestreuten Aktivitäten. Langfristig ist das Problem der Überschuldung nur zu lösen, wenn hier entsprechend früh die Weichen gestellt werden. Die gängige Tabuisierung von finanziellen Problemen, das die Not meist im Verborgenen wächst, sind eine der Ursachen. Dazu ist es notwendig, möglichst früh Prävention, gezielte Information und die notwendige Sensibilisierung zu ermöglichen. Und dies sollte auch möglichst früh ansetzen.

Der Ansatzpunkt, den wir gewählt haben, sind die Schulen. Hier wird gemeinsam mit der Kärntner Arbeiterkammer und dem Landeschulrat von Kärnten eine Initiative gestartet, die sich "Schuldenlos" nennt und im heurigen Herbst Unterrichtsmaterialien für alle Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen wird, gekoppelt mit einer entsprechenden Fortbildung auch über das pädagogische Institut. Parallel dazu wird ein Expertinnen- und Expertenpool für Referatstätigkeiten ausgewählt und gesammelt und - wie schon erwähnt - Präventionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei der Schuldnerberatung angestellt. Dieses Gesamtkonzept soll dazu beitragen, daß Verschuldung für Jugendliche zu einem geringeren Problem wird, entsprechend sensibilisiert wird und hier auch die gebührende Aufmerksamkeit diesem Thema geschenkt wird.

Neben diesem Bereich, der das individuelle der einzelnen Jugendlichen umfaßt, denke ich, daß es aber auch Aufgabe der Familien ist, entsprechendes Verhalten vorzuleben; aber über den familiären Bereich auch Verantwortung der Politik. Denn die Politik, die derzeit gemacht wird und die dazu führt, daß in vielen Bereichen

massivste Verschuldungen erfolgen und im Gegenzug dazu, das Landesvermögen Stück für Stück verschärbelt wird, wird ganz sicher dazu beitragen, daß die individuellen Schulden der Jugendlichen, die sie heute machen, im Gegensatz zu dem was an gesellschaftlichen Schulden über verantwortungslose Finanzpolitik aufgebürdet wird, lediglich ein kleiner Teil sein wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Frau Abgeordnete Scheucher-Pichler gemeldet. - Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schönen Guten Morgen! Frau Landesrätin! Werden Sie auch mit Bankinstituten in Bezug auf Kreditvergaben an Jugendliche Verhandlungen führen?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Eine erste Gesprächsrunde mit den Kärntner Bankenvertretern hat bereits stattgefunden und ich war sehr erfreut über die Bereitschaft, auch die eigene Praxis entsprechend zu überdenken. Was mich sehr bestürzt sind dann Werbekampagnen wie sie gerade in der letzten Zeit gelaufen sind, die genau die Benutzergruppe unter 18 entsprechend ansprechen. Wir haben auch auf diese Werbekampagnen reagiert, mit den Kreditinstituten Kontakt aufgenommen - und aus welchen Gründen auch immer - die Werbung wurde in der letzten Zeit nicht mehr gesendet. Und ich hoffe, daß die Gesprächsbereitschaft hinkünftig auch vorhanden sein wird, wie sie bei den bisher vorhandenen Treffen da war, weil es natürlich auch für die Banken eine Imagefrage ist, wie sie mit jugendlichen Kunden und Kundinnen umgehen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Seitens des Fragestellers wird auf eine weitere Zusatzfrage verzichtet. Damit ist die Anfrage 1 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage

2. Ldtgs.Zl. 329/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Jost an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Warum haben Sie es als zuständiger Referent für LKH-Personalangelegenheiten zugelassen, daß in der Objektivierungskommission, welche die Reihung der Bewerber für den Posten des neuen Pflegedirektors bzw. der Pflegedirektorin im LKH-Klagenfurt vornimmt, die Mehrheit überhaupt nichts mit dem Pflegeberuf zu tun hat?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Ich bin gerne bereit, diese Frage zu beantworten, wobei es mich einigermaßen betroffen stimmt, daß ich hier von der Regierungsbank aus einem Abgeordneten erzählen muß, was er selbst in diesem Hohen Hause beschlossen hat. Denn es gibt für die Ausschreibung der Leitungspositionen in dem Krankenhaus ganz klare gesetzliche Grundlagen. Man kann sich nicht auf die Vergangenheit ausreden, denn die letzte diesbezügliche Novelle ist im Jahre 2000 beschlossen worden, die ganz eindeutig festschreibt, wer zur Objektivierung dieser Positionen in die Kommission zu berufen ist. Und hier hat der Referent überhaupt keinen Spielraum, das heißt, er kann weder etwas zulassen noch nicht zulassen, sondern er hat das Gesetz zu vollziehen. Und ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Zusam-

menetzung für die Position eines Pflegedirektors oder -direktorin im § 36 Absatz 4 des Kärntner Objektivierungsgesetzes eindeutig geregelt ist, wobei mit besagter Novelle, LGBl.Nr. 50/2000, klar festgelegt wurde, daß diese Bestimmungen weiterhin für die Bestellung dieser Direktoren in Geltung bleiben. Und dieser § 36 Absatz 4 lautet: "Für die Zusammensetzung der Beurteilungskommission, für den Leiter/In des Pflegedienstes in einer Krankenanstalt gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Primärärzte der Leiter des medizinischen Dienstes einer Anstalt und ein von der Landesregierung zu bestellender Leiter des Pflegedienstes einer anderen Krankenanstalt rät" tritt.

Aufgrund dieser besonderen Bestimmungen für die Pflegedirektorinnen und -direktoren hat sich die Beurteilungskommission für dieses Verfahren wie folgt zusammengesetzt: Als Leiter der medizinischen Direktion wurde Dr. Anton Suntinger, der bezughabende medizinische Direktor des Klagenfurter Krankenhauses genannt. Als Pflegedirektorin oder als Leiter eines Pflegedienstes wurde die Frau Schwester Anna Belohuby, die Pflegedirektorin der Sonderkrankenanstalt Klagenfurt, berufen. Für den Krankenanstaltenträger, der zuständige Vorstand für das Personalwesen, Herr Dr. Errath. Für die Betriebsgesellschaft Herr Mag. Ferk und ein Herr Mag. Bürger für das Personalberatungsbüro. Das war die Kommission, die hier getagt hat und die Grundlagen beschlossen hat, wobei als Zuhörer anwesend waren, der Klubobmann von der FPÖ Dr. Martin Strutz und der Betriebsrat Arnold Auer. Diese Kommission hat dann die Reihungsentscheidung getroffen. Dem Krankenanstaltenreferenten obliegt es nicht, auf die Kommission Einfluß zu nehmen, weil der Kärntner Landtag hier dem Krankenanstaltenreferenten keinen Spielraum offenläßt. Daher bin ich bestürzt darüber - ich sage das ganz offen - daß solche politisch motivierten Anfragen hier gestellt werden, obwohl der Abgeordnete ganz konkret wissen müßte, wofür er die Hand hier in diesem Haus gehoben hat. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das einmal zu dem.

Zum Zweiten möchte ich daran erinnern, daß wir eine ähnliche Diskussion schon bei der Bestellung der Pflegeleitung am Krankenhaus

Dr. Ambrozy

Wolfsberg geführt haben und daß bei der Nominierung des dortigen Pflegedirektors, der ja jetzt der neue Pflegedirektor am Krankenhaus Klagenfurt werden wird, auch die FPÖ im Aufsichtsrat für den Herrn Ruppig gestimmt hat. Daher verwundert mich diese Anfrage und ich sehe das eher im Zusammenhang mit anderen personalpolitischen Schwierigkeiten, die sich öffentlich auf tun, die damit öffentlich zum Ausdruck bringen sollten, daß nicht nur in jenen Bereichen wo FPÖ-Regierungsmitglieder verantwortlich sind Probleme auftauchen, sondern auch dort wo möglicherweise jemand anderer ist. Und das weise ich auf das Allerschärfste zurück. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Dr. Kaiser, - ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ist Ihnen bekannt, warum das Objektivierungsverfahren für den Vorstand der Abteilung 3, der Gemeindeabteilung, wiederholt werden soll? *(Abg. Dr. Strutz: Die Zusatzfrage ist nicht zulässig!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es ist zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Anfrage, aber ich nehme an, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter wird hier versuchen, eine Anfragebeantwortung vorzunehmen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Ja, mir ist das nicht bekannt, Herr Abgeordneter! Ich bin nur informiert worden über die Presse und dann über weitere Recherchen, daß es hier einen massiven Eingriff in ein Objektivierungs-

verfahren gibt, der für mich unverständlich ist. Und vielleicht ist hier der Zusammenhang auch zur ursprünglichen Frage dann herzustellen. Denn mir ist ein Schreiben des Herrn Leiters des Sekretariates des Herrn Landeshauptmannes an den Herrn Landesamtsdirektor bekannt, das ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringen möchte. Beobachter, welche am Hearing für die Auswahl des oder der Leiterin der Abteilung 3 des Amtes teilnahmen, wiesen nunmehr auf schwere Mängel, vor allem bei den Fragestellungen im Hearing hin - eigenartig.

Die glaublich seit vielen Jahren für die unterschiedlichsten Verfahren verwendeten Fragen wurden als überholt eingeschätzt und als nicht mit der ausgeschriebenen Managerfunktion im Einklang stehend eingestuft. Keine einzige Frage sei in Richtung einer Managerfunktion wie zum Beispiel Budget, Optimierung des Mitteleinsatzes in Gemeinden, steuerliche Auswirkungen aufgrund des Bundes- und Landeshaushaltes, Regionalförderungskulisse etc. gestellt worden. Gemäß Paragraph 37 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes ist gerade der vordringliche Zweck des Ermittlungsverfahrens den für die Erledigung einer Verwaltungsangelegenheit maßgebenden Sachverhalt festzustellen. Ob mit derartigen Fragen der maßgebende Sachverhalt ermittelt werden konnte, ist nicht nachvollziehbar. Es darf daher um Vorschläge an den Herrn Landeshauptmann ersucht werden, wie ein derartiger Mangel im derzeit anhängigen Ermittlungsverfahren saniert werden kann, um langwierige Verfahren im Rechtsschutzwege von vornherein hintanzuhalten. Zur abschließenden Klärung des maßgebenden Sachverhaltes empfiehlt es sich, den Verfahrensschritt des Hearings für mit die Funktion relevanten Fragen zu wiederholen, um anhand von auf die Funktion bezogenen Fragestellungen relevante Antworten auf die Erstellung des Gutachtens zu erhalten. Im Hinblick auf das derzeit noch bis Anfang August 2002 erstreckte Parteiengehör bzw. Akteneinsicht wird um raschen Vorschlag ersucht, wie der oben geschilderte und anzunehmende Verfahrensmangel durch Wiederholung von einem oder mehreren Verfahrensschritten saniert werden könnte. Also ich halte das, Herr Abgeordneter, für einen der massivsten Eingriffe in ein Objektivierungsverfahren, denn es hat in der Vergangenheit selten den Fall ge-

Dr. Ambrozy

geben, daß gerade durch die Objektivierung so einhellig ein Ergebnis zustande gekommen ist. Und aus meiner Sicht entspricht dieses Ergebnis offensichtlich nicht den mittlerweile personalpolitischen Deal zwischen FPÖ und ÖVP, die sowohl die betroffene Person, die hier den Brief geschrieben hat, als auch die Abteilung 3 betreffen. Und daher muß ein objektives Ergebnis korrigiert werden ganz offensichtlich, damit das herauskommt, was man vereinbart hat. Und das halte ich - das sage ich dem Hohen Haus hier mit aller Klarheit - für einen ganz, ganz aufgelegten Skandal, den es bisher in der Form noch nicht gegeben hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich möchte die Abgeordneten doch ersuchen, Zusatzfragen in etwa dort anzusetzen, wo auch die erste Frage gewesen ist. Ich darf also um - wie soll ich sagen - Verständnis bitten, daß ich diese Zusatzfrage zugelassen habe, obwohl ich diese nach der Geschäftsordnung hier allenfalls auch ablehnen könnte. *(LR Ing. Rohr: Die Information war nicht unwichtig!)* Ja, ich bin ja interessiert, daß hier das Hohe Haus Information bekommt.

Hat die ÖVP eine Zusatzfrage zu dieser Anfrage? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Abgeordneten Jost, wenn er noch eine hat als Anfragesteller!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Abseits Ihrer parteipolitisch motivierten Seitenhiebe bleibt das Faktum, daß ... *(Vorsitzender: Bitte, die Anfrage zu stellen!)* Ja, ich stelle die Frage! Die Frage ist nur ein bißchen länger. ... bleibt das Faktum, daß in der Objektivierungskommission die Mehrheit nichts mit dem Pflegeberuf zu tun hatte, weshalb ich die Frage anschließe: Halten Sie es für denkbar, daß Sie der Krankenhaus-Betriebsgesellschaft eine Weisung geben, wonach bei der Bestellung von Pflegedirektoren auch fachkundige also auch ausgebildete Juroren im Pflegeberuf herangezogen werden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Wenn etwas parteipolitisch motiviert ist, dann ist es diese Anfrage. Ich wiederhole hier noch einmal ganz klar und deutlich, es ist erschreckend, daß ein Abgeordneter nicht weiß, was er hier beschließt. Und die Zusatzfrage deutet darauf hin, daß Sie auch keine Einsicht haben in Ihrer Unkenntnis. Denn in Wahrheit bin ich nicht weisungsberechtigt über das Gesetz hinaus etwas anderes zu tun, als das hohe Haus hier beschlossen hat. Und ich werte es als schon eigenartig, daß ein Mitglied dieses Landtages den politischen Referenten auffordert, Gesetzesbruch zu begehen. Und das sage ich Ihnen, das werde ich nicht tun. Aber Sie haben es bisher versäumt, hier im Hohen Haus eine Initiative zu setzen, um eine Mehrheit dafür zu finden, damit sie Ihren Vorstellungen gerecht werden. Das könnten Sie tun. Aber hier so zu tun, als könnte irgend jemand etwas tun, nur damit Sie eine Presseaussendung schreiben können, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er macht sie wenigstens selber, nicht wie die SPÖ!)* das halte ich gelinde gesagt auch für eine Veräppelung des Kärntner Landtages und das hat dieses Haus nicht verdient. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die 2. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 3. Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 330/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Neuner an Landesrat Wurmitzer

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat! Aufgrund welcher Gesetzeslage ist der Bürgermeister der Gemeinde Poggersdorf berechtigt, das Ermittlungsverfahren nach dem AVG zur Erhebung der Bewertungseinheiten für

Mag. Neuner

die Kanalanschlußgebühr durch ein privates Unternehmen durchführen zu lassen, wenn durch diese Maßnahme eine wesentliche Verteuerung der Gebühren zu erwarten ist?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Kanalanschlußgebühren sind natürlich sensible Gebühren, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja!*) weil sie direkt schlagend werden und weil es dafür auch ein enormes öffentliches Interesse gibt. Daher gibt es für die Bewertung und für die Durchführung ganz klare gesetzliche Grundlagen. Die Berechnung des Kanalanschlußbeitrages ergibt sich aufgrund der Bestimmungen des Kärntner Gemeindekanalisationgesetzes 1999 LGBl. Nr. 62/1999 einerseits nach der Summe der Bewertungseinheiten für das anzuschließende Objekt und andererseits nach dem vom Gemeinderat mit Verordnung festgesetzten Beitragssatz, wobei der Höchstsatz im alten Gesetz noch mit 35.000 Schilling pro Bewertungseinheit festgesetzt wird.

Zweitens gibt es zu diesem Gemeindekanalisationsgesetz eine Anlage, in welcher die einzelnen Faktoren, mit denen die Fläche, die zur Bewertung herangezogen wird, zu multiplizieren ist. Das ist die zweite Grundlage, ebenfalls das Gesetz. Und die dritte Grundlage - und hier muß ich also den Inhalt Ihrer Fragestellung richtig stellen. Sie gehen davon aus, daß für die Durchführung des Verfahrens das AVG zuständig sei. Dem ist nicht so! Sondern für die Durchführung des Bewertungsverfahrens nach dem Gemeindekanalisationsgesetz ist die Landesabgabenordnung 1991 zuständig. Und daher sind andere Bestimmungen ... Und die enthält eine Bestimmung im Paragraph 145 Absatz 1 Landesabgabenordnung, die einen Ortsaugenschein vorsieht. Bei diesem Ortsaugenschein kann - und das ist ebenfalls eine wichtige Bestimmung dieses Gesetzes - ein Sachverständiger beigezogen werden. Daher ist der Bürgermeister berechtigt, Sachverständige beizuziehen und die Durchführung von Ortsaugenscheinen auch durch Sachverständige - unter Umständen auch durch private Sachverständige - durchführen zu lassen. Daß damit eine Verteuerung der Gebührensätze verbunden sein soll, ist also nicht implizit. Son-

dern es geht darum, im Interesse der Bürger die Bewertungsgrundlagen möglichst objektiv, exakt, gewissenhaft und nachprüfbar für jedermann zu erheben und durchzuführen. Nur aufgrund objektiver Grundlagen ist erstens einmal ein Gebührenvergleich zulässig, eine Gebührenvorschreibung zulässig und die Transparenz gegeben, die im Interesse der Gemeindebürger notwendig ist.

So gesehen ist also die Tatsache, daß in der Gemeinde Poggersdorf Sachverständige, die in Form eines privaten Unternehmens auftreten, den Auftrag für die Durchführung dieser Erhebungen erhalten haben kein Widerspruch zu den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen feststellbar.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? Herr Abgeordneter Schober, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat! Ist es richtig, daß sich über 80 Prozent der Kärntner Gemeinden eines unabhängigen Zivildüroingenieurs bedienen, weil hier die Objektivität bei der Bewertung dieser Einheiten, so wie im Paragraphen 10 des Kärntner Gemeindekanalisationgesetzes vorgesehen ist, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist eine Beschuldigung der Gemeindebediensteten, die sind unobjektiv!*) vorgenommen wird?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Mir ist dieser Prozentsatz nicht bekannt, aber es ist ein Faktum, daß das kein unerlaubter Vorgang ist und es ist wahrscheinlich aus der Sicht der Gemeinden ein Beitrag zur Objektivität ist, damit nicht der Eindruck entsteht, daß Gemeindeorgane unter Umständen einzelne Anschlußwerber bevorzugen oder benachteiligen würden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfragersteller noch eine Zusatzfrage - falls gewünscht. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Inwieweit ist bei der gewählten Vorgangsweise sichergestellt, daß die Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sachverständige sind bei der Durchführung ihrer Amtstätigkeit an den Grundsatz der Vertraulichkeit gebunden. Das gilt für alle Sachverständigendienste, derer sich eine Gemeinde bedient und daher ist also der Datenschutz sichergestellt, wobei die Daten, die auch schlußendlich in die Datensammlung der Gemeinden einfließen und dort erst als Grundlage dann für einen Berechnungsschlüssel herangezogen werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Sablatnig haltet aber nichts vom Datenschutz! - Abg. Sablatnig: Das ist eine Unterstellung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage 4:

4. Ldtgs.Zl. 331/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landesrat! Lieber Reinhart! "Volles Rohr für Kärnten" war deine starke Ansage bei Übernahme des Umwelterferates. Mit Kärnten ge-

meint sind die Menschen, die die Umwelt und die Nachwelt am Herzen haben und die dafür auch zahlen müssen, nicht wenig.

Ich habe es bis jetzt geschafft, seit ich dem Hohen Hause angehöre, alle Umwelterferenten mit einer Einstiegsfrage zu konfrontieren. (*Heiterkeit beim Abg. Lutschounig*) Es ist mir auch jetzt wieder gelungen, denn es geht - Herr Kollege Lutschounig - um ein sehr entscheidendes Thema. Dein Parteiobmann hat von einer sensiblen Frage gesprochen und wir sind täglich mit Eingaben konfrontiert. Ich darf eine, die ich am 29. Juli bekommen habe, kurz zitieren. Da schreibt ein Bürger des Landes "Mit meinem Schreiben möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, die auf Dauer gesehen finanziell unerträglich werden wird." und weiter "Was da uns und unseren Nachkommen angetan wird, ist unverantwortlich. Werten Sie dies bitte als Hilferuf." Ich füge nur noch hinzu, daß die Gemeindeabteilung, wenn es um Gebührenbemessungen im Müll-, Kanal-, Abwasser- und Wasserbereich geht, kein hilfreicher Partner ist.

Daher frage ich Sie, Herr Landesrat: Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur Senkung der Müll-, Trink- und Abwassergebühren in Kärnten beitragen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Vorausschickend, bevor ich also auf die konkreten Themen eingehe, die sowohl die Wasser-, Müll- und Abwasserfragen behandeln, möchte ich schon folgendes festhalten: Wenn Sie hier zum Ausdruck bringen, daß Menschen sich in großer Sorge um die Entwicklung und die Kostenentwicklung bei den diversen Gebühren an Sie wenden, dann darf ich auch darauf hinweisen, wer mitverantwortlich ist für diese Gebührenentwicklung. Und Sie als Vizebürgermeister der Marktgemeinde Paternion müßten auch darüber Bescheid wissen, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wir haben den Gratiskanal, Herr Referent!*) daß die einzelnen Gebühren von den Verbänden oder den Gemeinden festgelegt werden. Sie sind aber natürlich auch als Teil der Bundesregierung, nämlich einer ÖVP- und FPÖ-Koalition mit dafür verantwortlich, daß gerade die Fördervolumina, beispielsweise im Bereich

Ing. Rohr

der Abwasserentsorgung, in den letzten zwei Jahren von 5 auf 3 Milliarden Schilling gesenkt wurden. Und das ist natürlich eine beträchtliche Reduktion, die auf der anderen Seite irgendwie finanziert werden muß und wo insgesamt die Bevölkerung entsprechend zur Kasse gebeten wird.

Aber nun zu Ihrer konkreten Anfrage. Für den Bereich der Abfallwirtschaft darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Müllgebührengestaltung obliegt grundsätzlich, wie ich schon gesagt habe, den Gemeinden. Eine Reduzierung der Müllgebühren wird kurzfristig wohl kaum möglich sein, zumal die deutlich verschärften technischen Anforderungen an Abfallbehandlungsanlagen, EU- bzw. Bundesvorgaben durch die Deponieverordnung und die bundesgesetzlich vorgegebenen Altlastensanierungsbeiträge in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Kostensteigerungen mit sich gebracht haben. Müllgebührenreduzierungen könnten aber durch verursachergerechte Anlastung von Entsorgungskosten erreicht werden, das heißt zum Beispiel, beim Kauf der Produkte wird bereits die Entsorgung mitbezahlt. Wird zum Teil bereits umgesetzt bei Verpackungen und bei der Altautoentsorgung bzw. ist in Planung bei der Elektroaltgeräteentsorgung und anderen Bereichen. Hier liegen die Zuständigkeiten aber bei der EU bzw. beim jeweiligen Bundesgesetzgeber.

Dort, wo meine Zuständigkeit gegeben ist, Herr Abgeordneter, werde ich natürlich alles tun, um die Müllgebührenerhöhungen so gering wie möglich zu halten. Beispiele dafür: Rasche Umsetzung der Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein. Damit ist Kärnten auf Behandlungskapazitäten außerhalb unseres Bundeslandes nicht mehr angewiesen. Und ich möchte auch darauf verweisen, daß wir natürlich mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein auch durch die entsprechenden Einsprüche der ÖVP- und FPÖ-Koalition in der Gemeinde Arnoldstein eine entsprechende Verzögerung zu Stande bringen werden. Das heißt, daß wir mit der Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage aller Voraussicht nach rechnen können, daß es März oder April 2004 sein wird. Das heißt, daß wir im Jahr 2004 entsprechend weniger Verbrennungsvolumen erreichen werden, was letztlich wieder bedeutet, daß wir die nicht zu verbrennende

Menge entsprechend auf Deponien unterbringen werden müssen.

Weiters bin ich bestrebt, daß ab 1.1.2004 die Entsorgung des Restmülls der Gemeinden durch eine Stelle, nämlich die KEV, gemanagt wird. Damit sollen teure Insellösungen in den Gemeinden bzw. Abfallwirtschaftsverbänden verhindert und die immer wieder geforderten einheitlichen Restmüllentsorgungskosten für alle Kärntner Gemeinden erreicht werden. Es gibt also in den nächsten Tagen eine entsprechende Sitzung der Kärntner Entsorgungsverbände. Ich habe auch im Vorfeld der Spatenstichfeier zur Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein mit den Kärntner Entsorgungsverbänden bereits meine Vorstellungen besprochen. Es fehlt jetzt noch die entsprechende Beschlußlage. Ich bin aber überzeugt davon, daß es möglich sein wird, in diesem Bereich das Müllmanagement aller Kärntner Abfallwirtschaftsverbände unterzubringen und damit die kostengünstigste Behandlung des Restmülls in Kärnten sicherzustellen. Weiters werde ich gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsverbänden eine optimale Umsetzungsstrategie im Zusammenhang mit der Restmüllentsorgung in den nächsten Jahren entwickeln. Dabei soll einerseits noch vorhandenes und bereits ausgebautes bzw. zum Teil bereits finanziertes Deponievolumen bestmöglich genutzt und andererseits die Deponieverordnung ab 2004 erfüllt werden. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß der Abfallwirtschaftsverband Westkärnten derzeit seinen Restmüll in Osttirol an der Deponie Lavant deponiert und dies auch bis zum Jahr 2008 im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten weiterhin dort der Fall sein wird. Bei den Förderungsstellen des Bundes, der Kommunalkredit AG und der Europäischen Kommission werde ich mich natürlich auch verstärkt dafür einsetzen, daß die in Aussicht gestellten Förderungen bzw. niedrig verzinsten Darlehen von der Kärntner Entsorgungswirtschaft bestmöglich in Anspruch genommen werden können, was natürlich auch zu einer Entlastung der Müllgebühren in Kärnten führen sollte.

Zu den Bereichen Wasser und Abwasserentsorgung darf ich Ihnen folgendes sagen: Die hohen Anforderungen der österreichischen Umweltstandards erfordern kostenaufwendige Systeme der Wasserversorgung und der Abwasserent-

Ing. Rohr

gung, welche im wesentlichen in der Verantwortlichkeit der Kommunen stehen. Nachdem die Umweltgesetzgebung im ausschließlichen Aufgabenbereich des Bundes liegt, sind die Einflußmöglichkeiten der Landespolitik auf die Gewährung zusätzlicher Förderungsmittel in sozial verträglichen Gebühren zu erreichen und auf eine fachliche Beratung bei der Abwicklung dieser Baumaßnahmen beschränkt. Die Kosten für den Bürger, Anschlußbeiträge und Benützungsgebühren, ergeben sich aus den Finanzierungskosten der Investition abzüglich der öffentlichen Förderungsmittel, sodaß der Anschlußbeitrag circa 50 bis 60 Prozent der laufenden Gebühren ausmacht, sowie die reinen Betriebskosten circa 40 bis 50 Prozent der laufenden Gebühren ausmachen.

Nach einer Erhebung der Kärntner Handelskammer betragen derzeit die durchschnittlichen Anschlußgebühren rund 1.400 Euro bei der Wasservorversorgung und 2.500 Euro bei der Abwasserentsorgung. Die laufenden Gebühren betragen 0,7 Euro bei der Wasserversorgung und knapp 3,- Euro bei der Abwasserentsorgung auf den Kubikmeter bezogen. Ende 1999 wurde von meinem Vorgänger, Umweltreferenten Herbert Schiller, ein Kostensenkungsprogramm für den Kanalbau initiiert, welches die Punkte, Senkung der Baukosten durch rigorose Anwendung von für den ländlichen Raum angepasste Bauweisen und Minimierung der Servitutzahlungen für Leitungsdienstbarkeiten beinhaltet hat. Ich darf dazu ausführen, daß wir bemüht sind, dort wo es nicht erforderlich ist, den Kanal in den Straßkörper einzubauen. Daß man über landwirtschaftliche Flächen fährt, wo auch der Aufwand für den Bau entsprechend geringer ist und die Effizienz dieselbe ist. Senkung der Finanzierungskosten durch Entkoppelung von Finanzierung und Bundesförderung, Beratung der Gemeinden in Finanzierungsfragen, Senkung der Betriebskosten durch entsprechende Kostentransparenz und Kostenvergleich. Benchmarking wurde eingeführt und natürlich auch die Rückführung der Energieabgabe. Dieses Programm konnte in den vergangenen drei Jahren weitgehend umgesetzt werden.

Eine einzige Ausnahme war die Höhe der Servitutzahlungen, für welche insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich kein Verständnis

bei den betroffenen Grundeigentümern und deren Interessenverbände erreicht wurde. Und ich möchte noch dazu anführen, daß wir gerade im Bereich auch der Österreichischen Bundesbahnen, die ja heute als privatwirtschaftliches Unternehmen agieren, auch entsprechend hohe Kostenbelastungen zu verzeichnen haben. So werden beispielsweise von den Österreichischen Bundesbahnen auf unproduktivem Grund, möchte ich unterstreichen und dazu anführen, 6.500 - in Schilling umgerechnet - für den Einbau von einem Kanalschacht berechnet, wobei im Bereich der Landwirtschaft derselbe Kanalschacht mit 3.500,- Schilling abgegolten wird und dort aber natürlich ein entsprechendes Bewirtschaftungsschwernis gegeben ist. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß gerade auch im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen hier extrem hohe Kosten verrechnet werden.

Die erwarteten positiven Auswirkungen dieses Programmes auf die Gebühren wurden jedoch durch die Neuordnung der Bundesförderung im Jahr 2001 und durch die Minderung der öffentlichen Mittel des Bundes - ich habe es also früher schon in Milliarden gesagt - nämlich von 5 auf 3 Milliarden Schilling, von vorher 400 Millionen Euro auf derzeit 220 Millionen Euro aufgehoben. Eine weitere Senkung der Bundesförderungsmittel ist zu befürchten. Diese Neuordnung der Bundesförderung, die große Absenkung der Förderungssätze für Abwasserentsorgung im städtischen Bereich und kleinstädtischen Bereich hat das zur Folge. Die generelle Absenkung der Fördersätze für Wasserversorgung und der Entfall der Bundesförderung für sämtliche Sanierungsmaßnahmen bereits bestehender Anlagen, führt zu einem teilweise wesentlichen Ansteigen der Gebühren. Ich werde vielfach auch von den Gemeinden mit der Situation konfrontiert, daß bei entsprechenden Kanalbaumaßnahmen, alte Wasserleitungen, bestehende Wasserleitungen, zu sanieren sind und hier die Gemeinden natürlich auch entsprechende Wünsche an mich als zuständigen Referenten herantragen, daß diese Sanierungskosten auch förderfähig sind. Aufgrund der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen ist mir das nicht möglich. Wir haben hier also ausschließlich im Rahmen von entsprechenden Erweiterungen von Wasseranlagen die Möglichkeit, sozusagen Neuanlagen zu fördern, oder - wenn es einfach die

Ing. Rohr

Notwendigkeit ergibt - daß entsprechend größere Querschnitte aufgrund des Bedarfes eingebaut werden müssen, daß man hier noch Förderungsmöglichkeiten zu Stande bringt. Eine der Gemeinden ist beispielsweise die Gemeinde Bleiburg, wo der Kollege Grilc mit demselben Anliegen an mich herangetreten ist. Wenngleich für die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum der Fördersatz kaum gesenkt wurde, führt die bei einem Kanalbau sinnvollerweise parallel durchzuführende Sanierung des bestehenden Wasserleitungsnetzes, was ich gerade gesagt habe, nunmehr ohne öffentliche Fördermittel zu einer wesentlich höheren Belastung der betroffenen Bürger.

Zu den bereits erwähnten Abgeltungen für Leitungsdienstbarkeiten an private Grundeigentümer werden seit kurzem auch für die Benützung von Grundstücken der öffentlichen Hand entsprechende Kostenbeiträge eingefordert. Das habe ich also schon erwähnt. Beispielsweise eben die Österreichischen Bundesbahnen, die hier entsprechende Entschädigungssätze verlangen. An konkreten Maßnahmen der Landespolitik und Landesverwaltung zur Senkung der Gebühren für Abwasserentsorgung und Wasserversorgung können daher nachstehende Punkte in Vorschlag gebracht werden, die ich also auch versuchen werde, entsprechend konsequent einzufordern. Entscheidungsbereich der Landespolitik und hier die Erhöhung der Landesförderungsmittel insbesondere im Bereich der Wasserversorgung. Und da wird sich dann bei den Budgetverhandlungen herausstellen, inwieweit auch der Finanzreferent dafür ein entsprechendes offenes Ohr haben wird. Ich bitte auf jeden Fall heute schon den Landtag und alle Parteien im Kärntner Landtag hier, meine Vorstellungen zu unterstützen, indem die Budgetmittel für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen entsprechend erhöht werden, beispielsweise auch den schwerpunktmäßigen Einsatz dieser Mittel in Hinblick auf die Gebührenminderung. Zum Beispiel den Entfall der Förderung für Kleinkläranlagen, hingegen Förderungsaktion für die Sanierung kommunaler Wasserversorgungsanlagen im Zuge von Kanalbaumaßnahmen; Entfall von Entschädigungszahlungen für Leitungsdienstbarkeiten auf Grundstücken der öffentlichen Hand; Verstärkung der Beratung einzelner Bauträger bei der Abwick-

lung durch die Landesverwaltung. Mit dem derzeitigen Personal ist dies jedoch nur dann möglich, wenn andere zeitaufwendige Aufgaben, nämlich beispielsweise die Förderaktion für private Kleinkläranlagen entfällt und dafür zukünftig entsprechende Kapazitäten frei werden.

Weiters ist es wichtig, die Beratungsposten durch externe Fachleute hinsichtlich der Optimierung der Finanzierung der Baumaßnahmen, vor allem bei den kleineren Bauträgern entsprechend auch fortzuführen und verstärkt den jeweiligen Bauträgern zugänglich zu machen. Auch im Einflußbereich der Landespolitik durch Konsensfindung mit den Betroffenen, gilt es, die Minimierung der Entschädigungszahlungen für Leistungsdienstbarkeiten privater Grundeigentümer, insbesondere der Landwirtschaft, durch politischen Konsens mit der Interessenvertretung weiter zu verfolgen und die Intensivierung der Zusammenarbeit bereits bestehender Rechtsträger, Wasserverbände, größere Gemeinden mit einschlägigem Know-how, zur Unterstützung der Abwicklung der Baumaßnahmen und des Betriebes mit kleineren Einheiten, beispielsweise im Bereich der Landgemeinden und von diversen Genossenschaften. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? Frau Abgeordnete Mag. Schaumberger bitte schön, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Schaumberger** (SPÖ):

Herr Landesrat Ing. Rohr! Stimmt es, daß jener Landesrat, der in Kärnten für Landesstraßen und Wohnbau zuständig ist, jetzt für die Kanalverlegungen in den Landesstraßen von den Verbänden Gebühren einheben läßt und damit zu einer Verteuerung der Kanalgebühren beiträgt? *(Abg. Dr. Egger: Das ist Schnee von gestern! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die sind immer ein bißchen hinten nach!)*

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich würde bitten, um die Aufmerksamkeit in diesem Hohen Haus zu ... (*Vorsitzender: Der Präsident hört sehr genau zu!*) Daß man ein bißchen Aufmerksamkeit zeigt.

Geschätzte Frau Abgeordnete! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es stimmt, daß seit neuestem die Praxis in Kärnten Einzug hält, daß für entsprechende Benützung von Landesstraßengründen von Seiten des zuständigen Referenten, Landesrat Dörfler, pro Laufmeter Kanallänge zehn Euro inklusive Mehrwertsteuer verlangt werden. Mir ist dieses Faktum bereits im April bekannt geworden. Ich habe auch entsprechende Recherchen getätigt und muß sagen, daß jetzt immer mehr Gemeinden sich mit dem Problem auch an mich wenden, daß seitens der Landesstraßenverwaltung für den Kanalbau zehn Euro plus Mehrwertsteuer den jeweiligen Gemeinden oder Abwasserverbänden vorgeschrieben werden. Ich möchte das umrechnen, um sozusagen auch eine entsprechende Vergleichbarkeit herzustellen. Zehn Euro plus Mehrwertsteuer auf einen Kilometer gerechnet, ergeben 12.000 Euro oder umgerechnet 166.000 Schilling. Das ist also ein mittlerer Kleinwagen, der von der Landesstraßenverwaltung und dem zuständigen Straßenbaureferenten von den Kanalbauträgern eingefordert wird, und diese entsprechende Gebühr dann letztlich von allen Anschlußwerbern zu tragen ist, das ist selbstverständlich.

Ich möchte auch ganz konkret - um diese Problematik zu unterstreichen - einen Brief der Marktgemeinde Ebenthal vom 2. August dieses Jahres zur Kenntnis bringen, wo die Marktgemeinde Ebenthal in großer Sorge an mich herantritt, wo sie mir schreibt: "Sehr geehrter Herr Landesrat! Wir wenden uns im Zusammenhang mit der kürzlich eingeführten Praxis der Landesstraßenverwaltung mit dem eben so dringenden wie höflichen Ersuchen an Sie als zuständigen Referenten der Kärntner Landesregierung für den Siedlungswasserbau, um geeignete Schritte zur Entlastung der zusätzlichen ins Haus stehenden Kosten für die Inanspruchnahme von Landesstraßengrund zu setzen.

Sachverhalt: Die Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten hat für den Bauabschnitt 04 der Ortska-

nalisation die wasserrechtliche Bewilligung mit Bescheid des Amtes der Kärntner Landesregierung als zuständige Wasserrechtsbehörde vom 23.07.2001 erwirkt. In der Folge wurde eine Trassenoptimierung durchgeführt, die eine Änderung im Zusammenhang mit der Verlegung der Pumpleitung für die Abwässer erforderlich macht. Seitens der Wasserrechtsbehörde wurde der Marktgemeinde mit Schreiben vom 14.06.2002 mitgeteilt, daß aus wasserbautechnischer Sicht und wasserwirtschaftlicher Sicht keine Einwendungen gegen die angestrebte Trassenführung bestehen und beabsichtigt sei, diese geringfügige Änderung im Sinne des Wasserrechtsgesetzes nachträglich im wasserrechtlichen Endüberprüfungsverfahren zu genehmigen. Für die ursprüngliche Trassenführung der Kanalisation im Landesstraßengrund wurde mit dem Bundesland Kärnten, Landesstraßenverwaltung, vertreten durch das Straßenbauamt Klagenfurt, eine Vereinbarung zur Sondernutzung von Landesstraßengrund abgeschlossen. Für die die Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten einen Beitrag in Höhe von 200 Euro für die Verwaltungsarbeit leisten mußte. Punkt 7 dieser Vereinbarung besagte, daß jede Änderung in der Art der Ausführung und der Benützung der bewilligten Anlage der schriftlichen Zustimmung der Straßenverwaltung bedarf. Die Marktgemeinde Ebenthal ersuchte um Zustimmung zur geänderten Trassenführung und wurde ihr nunmehr ein Gestattungsvertrag zur Unterschrift vorgelegt, der eine Zahlung von zehn Euro pro Laufmeter an Längsführung zuzüglich 20 Prozent Mehrwertsteuer vorsieht. Diese Vergütung wurde nach Punkt 15 für die Errichtung, die Erhaltung und Verwaltung sowie die durch die zukünftige Instandsetzung und Änderung entsprechenden Mehraufwendungen bzw. daraus resultierenden mehr Folgekosten vorgeschrieben. Hierzu stellen wir fest, daß die Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten die Druckleitungen ausschließlich im Bankett- bzw. Böschungsbereich verlegt und der Landesstraßenverwaltung hierdurch in Anbetracht der einwandfrei herzustellenden Rekultivierung keinerlei Aufwendungen entstehen. Nach Maßgabe dieses konkreten Falles ist daher die Forderung des Entgeltes absolut nicht gerechtfertigt. Nach Punkt 16 müßte die Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten den Vertrag auf die Dauer von zehn Jahren abschließen. Nach die-

Ing. Rohr

sem Zeitraum ist erneut die vertragliche Regelung zu treffen. Diese Bestimmung, geschätzter Herr Landesrat, wird wohl keinen im kommunalen Bereich Verantwortlichen in die Lage versetzen, eine Unterschrift auf die Vereinbarung zu setzen, da die erheblichen Investitionen zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung hinsichtlich der geordneten Abwasserentsorgung eben nur für zehn Jahre abgesichert werden. Nach zehn Jahren würde es der Landesstraßenverwaltung freistehen, quasi jeden beliebigen Betrag zu begehren, um der Marktgemeinde den Weiterbestand und den Weiterbetrieb der Leitung zu ermöglichen.

Unser konkretes Anliegen an Sie als zuständigen Referenten für den Siedlungswasserbau ist es daher, bei der Kärntner Landesregierung erforderlichenfalls die entsprechende Antragstellung im Kärntner Landtag durchzusetzen, daß Leitungstrassen im Zusammenhang mit der Errichtung von Kanalisations- und Wasserversorgungsanlagen von der Entgelteinhebung durch die Landesstraßenverwaltung zu befreien sind. Gerade in den Randzonen im ländlichen Bereich wirkt sich die nunmehr von der Landesstraßenverwaltung ergriffene Praxis fatal aus.

Der Bauabschnitt 04 der Ortskanalisation erfordert Gesamtinvestitionen in der Höhe von 2,6 Millionen Euro. Mit diesem finanziellen Aufwand werden laut Einreichprojekt 129 Objekte an den Kanal angeschlossen und wird somit für 380 Einwohner die geordnete Abwasserentsorgung im Sinne der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages erreicht. Pro an die Kanalisation angeschlossenem Objekt ergibt sich - wie in unserem Projekt vorgesehen - bei einer Landesförderung von 1.345 Laufmeter im Landesstraßengrund (also einen guten Kilometer) eine zusätzliche Kostenbelastung pro Objekt in der Höhe von 104,27 Euro. Aufgrund der Förderungsmodalitäten haben diese Mehrkosten keinen Einfluß auf die Förderungshöhe nach dem Umweltförderungsgesetz. Durch diesen Umstand erzielt die Marktgemeinde auch keinen Cent mehr an Kanalanschlußgebühren, so daß sich diese Kosten ausschließlich auf die Landesförderung niederschlagen würden. Bekanntlich wird die Landesförderung in Form eines Darlehens gewährt, das schlußendlich im Wege der Einhebung der Kanalbenutzungsgebühren abzutragen sein wird.

Die Landesstraßenverwaltung fordert im übrigen nicht nur die tadellose und qualitativ mindestens gleichwertige Wiederherstellung der Fahrbahn, sondern begehrt nunmehr auch noch ein Entgelt, das nach unserer Ansicht mit den Vorgaben des Kärntner Straßengesetzes nicht in Einklang zu bringen ist. Dieser Umstand und auch die zeitliche Begrenzung der Vereinbarungsdauer sowie die gänzlich Außerachtlassung, daß die Marktgemeinde im vorliegenden Fall im öffentlichen Interesse und in Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben handelt, ermöglicht es uns nicht, die vorliegende Vereinbarung zu fertigen. Vermutlich wird diese Vereinbarungspraxis in Zukunft auch als Hindernis entgegenstehen weitere erforderliche Kanalbauabschnitte in wirtschaftlicher Weise zu projektieren und zu errichten, da getrachtet werden müßte Baumaßnahmen auf Landesstraßengrund jedenfalls zu vermeiden.

Wir erwarten, daß Sie als zuständiger Referent für Wasserwirtschaft alle in Betracht kommenden Möglichkeiten ausschöpfen, um den Gemeinden, insbesondere aber der Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten rechtliche Auseinandersetzungen mit der Landesstraßenverwaltung zu vermeiden, die uns voraussichtlich ins Haus stehen werden, wenn wir die verlangte Vereinbarung nicht fertigen. Mit freundlichen Grüßen: der Bürgermeister der Marktgemeinde Ebenthal."

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Das ist also ein Auszug aus einer Gemeinde und es gibt viele weitere Gemeinden, die ebenso darüber entsprechend Klage führen, daß die Landesstraßenverwaltung in der Zuständigkeit des Referenten Landesrat Dörfler hier entsprechende Gebühren einhebt. Und ich muß also - sage ich einmal auch - als Umweltreferent darauf hinweisen, daß ja der Herr Landesrat Dörfler in seiner Eigenschaft als Wohnbaureferent sich auch im Rahmen einer Pressekonferenz vor die Öffentlichkeit gesetzt hat und die Gemeinden dafür verantwortlich gemacht hat, daß das Mietkostensenkungsprogramm nicht realisiert werden konnte, weil die so bösen Gemeinden in Form von Gebühren dieses versprochene Mietensenkungsprogramm in Kärnten wieder aufgefressen haben.

Herr Landesrat Dörfler! Ich darf dich von dieser Stelle aus auffordern und bitten, daß du diese

Ing. Rohr

gepflogene Praxis, die seit einem halben Jahr von dir politisch geduldet wird, wieder einstellt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Kärntner Bevölkerung, was die entsprechende Abwassergebühr betrifft, leistest. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir seitens des Fragestellers eine gewünscht? Bitte schön!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! In welcher Höhe legen Sie sich selbst die Latte für die von mir angesprochenen Gebührensenkungen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Kollege Gallo! Ich habe schon gesagt, der Gestaltungsspielraum des Umweltreferenten ist klein. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du wirst dir ja ein Ziel setzen!)* Wenn es gelingt, daß der Bundesgesetzgeber und die Bundesregierung die Fördermittel wieder entsprechend aufstocken - und das würde ich meinen, daß das zumindest wieder von den auf drei Milliarden reduzierten Fördermitteln, die derzeit zur Verfügung stehen, auf fünf Milliarden der Fall sein soll, wie es vor drei Jahren der Fall war, dann wird es möglich sein, hier entsprechende Kostensenkungen durchzuführen. Ich lade Sie sehr herzlich ein, bei Ihrem Finanzminister in Wien zu intervenieren, daß er die entsprechenden Geldtöpfe wieder entsprechend auffüllt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Damit ist die 4. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 5. Anfrage.

5. Ldtgs.Zl. 332/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Schlag-****holz an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landesrat! In dem Winterprospekt 2001/2002 des Kärnten Sport-Shops steht nahezu auf allen Seiten "Mit dem Kauf eines Kärnten Shop-Produktes unterstützen sie Kärntens Nachwuchssportler." Aus dem Sportbericht des Jahres 2001 sowie auch 2000 ist zu entnehmen, daß massiv Mittel in den Verein "Kärnten Sport" geflossen sind. Ein Verein, der zum Fördern da ist, wird aus Sportmitteln gefördert. Das Vereinsziel ist es, mit Sponsorgeldern und aus von mir zitierten Verkaufserlösen Nachwuchssportler und Leistungsträger zu fördern.

Ich frage Sie daher: Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung für den Kärntner Nachwuchs aus den Verkaufserlösen der Kärntner Sport-Shop-Produkte?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem der Verein "Kärnten Sport" ein privater gemeinnütziger Verein ist, bin ich genau genommen die falsche Anlaufstelle für die Beantwortung dieser Frage. Ich werde es aber trotzdem gerne tun. Die Kosten des Vereines "Kärnten Sport", die Installation dieser Erfolgsmarke, die hat natürlich auch Subventionen des Landes beansprucht. Heuer kommt aber dieser Verein ohne Subventionen des Landes aus. Das nur als Nebenbemerkung. Es kommen 100 Prozent der Erlöse aus dem Verkauf der Kärnten-Shop-Artikel dem Kärntner Nachwuchssport zugute. Es werden derzeit 55 Sportler vom Verein "Kärnten Sport" gefördert. Es sind vorwiegend Nachwuchssportler, es sind aber auch einige Herzeigesportler wie zum Beispiel Elmar Lichtenegger, die Ruderin Pirker, einige Snowboarder, die im Interesse des Sponsors KELAG als Spitzensportler, als Botschafter und als Vorbilder für die Jugend vom Verein "Kärnten Sport" unterstützt werden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo! Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat Dörfler! In welcher Höhe belaufen sich die Personalkosten im Verein "Kärnten Sport"?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Eine erste Aufgabe, die ich mir als Sportreferent gestellt habe war, daß dieser Verein als ehrenamtlicher zu führen ist und daher ohne Personalkosten zu führen ist. Es wurde der seinerzeitige Vertrag des damaligen Geschäftsführers nicht mehr verlängert. Die zwei Geschäftsführer Dr. Raimund Berger - ein im Sport bestens bekannter Macher - und auch Sportdirektor Reinhard Tellian arbeiten ehrenamtlich für den Verein "Kärnten Sport".

Und ich meine, diese zwei Herren sind erstens profunde Sportkenner, führen den Verein bestens und sind somit auch eigentlich zwei Sponsoren des Kärntner Nachwuchssports, nachdem sie diese sehr aufwendige Tätigkeit sehr erfolgreich und vor allem ohne, "null Euro", für den Verein Kärnten-Sport und damit vor allem für den Nachwuchs in Kärnten absolvieren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landesrat! Nachdem Sie trotz der Nichtzuständigkeit in dankenswerter Weise die Frage beantwortet haben, ersuche ich Sie um einen

schriftlichen Bericht über eine Jahresabrechnung des Jahres 2001 des Kärnten-Sport-Shops, aus dem auch die Artikelentnahmen für repräsentative Zwecke hervorgehen. *(Vorsitzender: War das eine Frage?)* Ich habe ihn ersucht, um einen schriftlichen Bericht.

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Also Herr Abgeordneter, Sie haben mir nicht genau zugehört! Dieses Ersuchen können Sie gerne dem Verein Kärnten-Sport übermitteln. Da werden Sie alle Auskünfte vom Verein "Kärnten Sport" kriegen. Noch einmal! Das ist ein ehrenamtlicher, privater Verein, der bestens geführt wird. Und Sie können gerne bei den Geschäftsführern Dr. Berger und Reinhard Tellian ihre gewünschten Zahlen haben.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich bitte, das nächste Mal doch eine Zusatzfrage zu stellen und nicht ein Ersuchen zu richten, um die Geschäftsordnung einzuhalten.

Meine Damen und Herren! Damit ist die - nein, die Fragestunde noch nicht zu Ende, denn die Anfrage 6, die kann ich jetzt nicht mehr aufrufen, weil die Frau Landesrätin sich entschuldigt hat. Sie hat einen wichtigen Termin wahrzunehmen. Ich frage den Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser. - *(Abg. Mag. Dr. Kaiser: Mündlich in der nächsten Sitzung, Herr Präsident!)* Ja, dann werde ich diese Anfrage das nächste Mal wieder auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist die Fragestunde zu Ende.

Hohes Haus! Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, liegt heute eine sogenannte "verlangte Landtagssitzung" vor. Um durch einen Dringlichkeitsantrag das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zum Bau der Koralmbahn erörtern zu können, haben Abgeordnete des FPÖ-Klubs in der erforderlichen Zahl die Abhaltung dieser Sitzung verlangt. Die Sitzung wurde von mir fristgerecht einberufen. Ich stelle noch fest, daß der Abgeordnete Ing. Eberhard ebenfalls heute krankheitshalber entschuldigt ist.

Ich komme nun zur

Dipl.-Ing. Freunschlag**Tagesordnung**

unserer 44. Sitzung des Kärntner Landtages, zum Dringlichkeitsantrag der heutigen Sitzung. Ich darf den Schriftführer um die Verlesung des Dringlichkeitsantrages ersuchen. (*Abg. Unterrieder meldet sich zur Geschäftsordnung.*) Bitte schön, zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Unterrieder gemeldet!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir demonstrieren als Sozialdemokraten schärfstens gegen diese knappe Terminsetzung. Im Gegensatz zu Gesprächen, daß der Termin für den heutigen Tag vereinbart gewesen wäre, darf ich feststellen, daß es weder mit mir noch mit dem Klubdirektor meines Klubs eine Terminabsprache gegeben hat. Ich habe das noch einmal verifiziert. Durch die knappe Terminfestlegung, Herr Präsident, sind wir um die Aktuelle Stunde beraubt worden, weil aufgrund des § 52 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages, Anträge auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde spätestens zwei Tage vor Beginn der Sitzung des Landtages gestellt werden können. Samstag, Sonntag und Feiertage werden nicht eingerechnet. Nachdem die Sitzung so knapp fixiert worden ist, haben wir keine Chance gehabt die uns zustehende Aktuelle Stunde hier auszunützen. Aus dem Grund schärfster Protest unserer Fraktion! Ich würde Sie wirklich bitten, hier vollkommen unparteiisch diese Sitzungen festzulegen. Einen Tag vorher hat es geheißen, es wird der Sitzungstermin mit uns vereinbart, wurde mir von meinem Klubdirektor mitgeteilt. Einen Tag später wurde mir dann vom Klubdirektor mitgeteilt, daß aufgrund eines Telefonates um 10.30 Uhr mit dem Klubmitarbeiter der FPÖ, Direktor Skorianz, der Antrag bereits eingebracht worden ist und man sich mit der ÖVP auch geeinigt hätte. Wir haben keine Einigung erzielen können. Aus dem Grund schärfster Protest unserer Fraktion, weil die Aktuelle Stunde aus diesem Grund für uns heute nicht möglich war. (*Abg. Dr. Strutz meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Zu den Ausführungen des Kollegen Unterrieder darf ich festhalten, daß in meinem Auftrag als Antragsteller dieses Antrages, der Klubdirektor der Freiheitlichen Partei beauftragt wurde, mit den Klubdirektoren von SPÖ und ÖVP diesen Termin zu koordinieren und ein Einvernehmen mit dem ÖVP-Klub erzielt wurde. Der Vorschlag für den Tag Montag, also den heutigen Tag, ist vom sozialdemokratischen Klubdirektor lanciert worden und auf die Frage, ob Montag oder Donnerstag, auf den Tag gefragt von der freiheitlichen Fraktion, wurde von Seiten des sozialdemokratischen Klubs der Montag als Fixtag ... (*Abg. Unterrieder: Das entspricht nicht der Wahrheit ...! - Vorsitzender: So meine ... - Abg. Unterrieder unterbrechend: Zur Geschäftsordnung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Jetzt werde ich vielleicht zu diesen Wortmeldungen noch was sagen. Wie Sie wissen Hohes Haus, ist der Präsident alleine zuständig, Termine festzulegen. Ich versuche das immer im Einvernehmen mit den Klubs zu machen. Ich verstehe die Aufregung nicht. Mir wurde mitgeteilt, daß dieser Montagstermin gewünscht wurde und ich bin diesem Wunsch nachgekommen. Ich hätte ja sonst erwartet, daß vielleicht ein Klubobmann mir mitgeteilt hätte, daß das nicht so der Fall wäre. Ich bin davon ausgegangen, daß es ein Einvernehmen gegeben hat. So wurde es mir auch mitgeteilt und ich habe dem Wunsch aller Fraktionen somit entsprochen, diesen Termin heute festzulegen. Also, glaube ich, daß eine weitere Diskussion darüber aus meiner Sicht sinnlos ist. Es war hier sicherlich kein parteipolitisches Vorgehen. Ich weise das noch einmal entschieden zurück, (*Abg. Dr. Strutz an Abg. Unterrieder gerichtet: Kein Wort in der Obmännerkonferenz ...*) diese Anschuldigung die nun schon mehrmals von Seiten des SPÖ-Klubobmannes an mich ergangen ist, daß ich partei-

Dipl.-Ing. Freunschlag

politisch wäre. Ich hätte auch gestern, am Sonntag, diese Sitzung ansetzen können. Bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis, daß ich so großzügig bin und immer abfrage, wann die Abgeordneten überhaupt in der Lage sind, hierher zu kommen. Ich meine, immerhin haben wir Sommer und ich habe hier auch dem entsprochen. Und damit ist meines Erachtens, aus meiner Sicht kein wie immer geartetes Fehlverhalten festzustellen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Unterrieder meldet sich erneut zur Geschäftsordnung.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Sie haben schon Recht, daß Sie aufgrund der Geschäftsordnung Sitzungen festlegen können. Aber ich halte das für fatal, wenn man unterstellt, daß der Klubdirektor der Sozialdemokraten, nachdem ich einen Tag vorher informiert worden bin und gesagt habe, mach am Donnerstag Klub, daß man ihm dann unterstellt, daß er schuldig wäre, daß der heutige Sitzungstermin zu Stande gekommen ist. Ich muß sagen, daß ist genau das, was ich aufzeige. Und durch diese knappe Frist haben wir die Aktuelle Stunde nicht machen können. Und das ist auf jeden Fall auch eine Tatsache. Und das ist schon Parteilichkeit, Herr Präsident, weil das kann man nicht so machen. In dem Sinne, aus dem Grund kritisiere ich das und ich habe das halbwegs fair gemacht, weil ich muß sagen, man sollte in Zukunft die Termine absprechen. Sie versuchen das, ich mache Ihnen da gar keine Unterstellung, aber diesmal hat das nicht geklappt, diese Terminabsprache. Und aus dem Grund haben wir keine Aktuelle Stunde. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Klubobmann! Bitte! Dann möchte ich Sie ersuchen, doch hier ihrem Klubdirektor Anweisungen zu geben, daß er keine Zustimmung für den Montagtermin gibt. Ich habe nur in Erfahrung gebracht, ich weiß nicht ob es stimmt, *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.)* daß der Herr Klubdirektor am Donnerstag auf Urlaub ist und er deshalb diesen Montagstermin vorgezogen hätte. Also bitte,

dann ist das eine Frage des SPÖ-Klubs und ich darf Sie ersuchen mich anzurufen, wenn es ein Problem gibt. Ich bin hier jederzeit gesprächsbereit. *(Es erfolgen Zwiesgespräche zwischen Abgeordneten der FPÖ- und SPÖ-Fraktion. - Unruhe im Hause.)* Ich bitte nun den Landtagsdirektor, den Antrag der von allen drei Parteien eingebracht wurde, zu verlesen. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic. - Abg. Unterrieder: Wir werden das in der nächsten Obmännerkonferenz ... - Mehrere Zwischenrufe aus den Reihen der SPÖ-Abgeordneten. - Lärm und Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen und bittet um Aufmerksamkeit für den Landtagsdirektor.)*

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

1. Ldtgs.Zl. 140-18/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Klubs betreffend Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zur Koralmbahn mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend bei der Bundesregierung sicherzustellen, daß betreffend des Baues der Koralmbahn Graz-Klagenfurt, Abschnitt Althofen/Drau bis Klagenfurt, Bestandskilometer 111,200 bis Bestandskilometer 124,095, rasch ein neuerlicher Bescheid unter Wahrung der Anrainerrechte erlassen wird, um ein Weiterbau der Strecke Althofen/Drau bis Klagenfurt der Koralmbahn zu ermöglichen.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz zur Dringlichkeit das Wort und ersucht, die 5 Minuten einzuhalten.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die freiheitliche Fraktion hat die Einberufung des Landtages beantragt, weil wir im Zusammenhang mit dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zur Koralmbahn, eine klare politische Willensbildung des Landtages erachten.

Dr. Strutz

Und ich bin froh, daß diese heute im Dreiparteienkonsens erfolgen will und weil wir auch klarmachen wollen, daß wir die Behandlung Kärntens durch Vertreter der HL-AG, aber auch durch Beamte des zuständigen Ministeriums in dieser Form so nicht zur Kenntnis nehmen wollen und wir einen neuen Bescheid in möglichst kurzer Form erwarten. Es darf zu keinen Verzögerungen kommen. Hoher Landtag! Wo Verkehr ist, ist Wirtschaft. Wo Wirtschaft ist, sind Arbeitsplätze und wo Arbeitsplätze sind, ist Einkommen. Das Projekt "Koralmbahn" hat für Kärnten eine enorme wirtschaftspolitische Bedeutung und deshalb kämpfen wir seit Jahrzehnten für die Realisierung dieses infrastrukturell wichtigen Projektes. Wir müssen feststellen, daß gerade Kärnten in den letzten Jahrzehnten, wo die Sozialdemokraten mit dem Verkehrsministerium in der Bundesregierung Verantwortung getragen haben, benachteiligt worden ist. Gemeinsam mit der Steiermark hat Kärnten jährlich 100 Millionen Schilling weniger im Budget für die Realisierung von infrastrukturellen Maßnahmen zur Verfügung gehabt. Und daher fordern wir jetzt auch eine Wiedergutmachung, nämlich in der Form wie es ja bereits geschehen ist. Landeshauptmann Jörg Haider hat damals noch mit der zuständigen Verkehrsministerin Monika Forstinger eine Aufholmilliarde für Kärnten realisieren können. Und ich bin stolz darauf, daß wir jetzt jährlich 100 Millionen Schilling mehr für diese wichtige Sicherung der Arbeitsplätze in Kärnten zur Verfügung haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Der Bau der Koralmbahn bringt damit eine wichtige finanzielle Spritze für Kärnten, ist aber auch für den Arbeitsmarkt enorm wichtig. Das Institut für höhere Studien hat festgestellt, daß nicht nur durch den Bau, sondern auch durch die Inbetriebnahme der Bahn der Wirtschaft nachhaltig 40.000 neue Arbeitsplätze gesichert und erhalten werden können. Und laut der TU-Wien werden wir im regionalen Bereich eine Nachnutzung in der Höhe von 167 Millionen Euro haben. Deshalb ist es auch so verwerflich, daß wir feststellen müssen, daß es hier - sowohl von Seiten der HL-AG als auch des zuständigen Ministeriums - zu Versäumnissen gekommen ist. Das Versäumnis der HL-AG aus meiner Sicht ist jenes gewesen, daß man nicht auf das Angebot des Rechtsanwaltes der Beschwerdeführerin

rechtzeitig eingegangen ist, nämlich zu einem Zeitpunkt wo bereits klar war, daß aufgrund des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes zum Tunnel in Lainz, eine gar nicht andere Vorgehensweise zu erwarten gewesen ist. Man hätte daher die 2000 Euro des Vergleichsangebotes zahlen sollen und damit wäre auch die weitere Beschwerde gestoppt gewesen. Es ist aber auch von Seiten der Beamten im Ministerium hier in Wirklichkeit eine mangelhafte Arbeit gegenüber Kärnten zu beobachten. Wir wissen, daß sowohl von der HL-AG als auch durch verschiedene Persönlichkeiten, die Realisierung dieser Koralmbahn ja nicht wirklich gewünscht worden ist. Die Gegenschrift des Bundesministeriums hätte bereits eine Aussage über den Charakter der Strecke als Fernverkehrsstrecke enthalten müssen. Ja, es war nicht einmal eine Andeutung enthalten, *(Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!)* da bereits das Verfahren Lainzer Tunnel zu diesem Zeitpunkt ja anhängig gewesen ist und spätestens im September 2001 hätte hier ein Nachhang zu dem Bescheid, eine Gegenäußerung, auch an den Verwaltungsgerichtshof erfolgen können.

Ich darf zum Schluß kommen. Hoher Landtag! Mit dem heutigen Beschluß wollen wir klarmachen, daß die Versäumnisse, die hier zu Tage treten, raschestgehend aufgeholt werden müssen. Daß wir einen neuen Bescheid von Seiten des Ministeriums in kürzester Zeit erwarten und daß wir selbstverständlich auch die Wahrung der Anrainerrechte gesichert haben möchten. Ich bedanke mich bei ÖVP und SPÖ für die Zustimmung zu diesem freiheitlichen Initiativantrag. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Unterrieder das Wort.)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Trotz Termin oder kurzer Terminfestlegung sind wir sozialdemokratische Mandatarinnen und Mandatare sehr gerne gekommen, um hier im Bereich Mißtrauensantrag gegen den Minister Reichhold, der eben mitverantwortlich ist - zuerst auf der Kärntner Ebene - er war auch in Kärnten hier ansässig als Regierungsmitglied und in weiterer Folge jetzt als zuständiger Bun-

Unterrieder

desminister für den Verkehr auf der bundespolitischen Ebene - dahingehend mitzuwirken. Aus dem Grund haben wir auch einen gemeinsamen Antrag verhandelt, ausdiskutiert. Wir als Sozialdemokraten haben in diesen Antrag die Anrainerrechte hineingebracht, weil wir gesagt haben, daß ist ja das wichtigste, weil Grundlage der Aufhebung des Bescheides ist ja die Nichtberücksichtigung von Anrainerrechten. Und vor allem auch die Diskussion: Ist es eine Fernverkehrsstrecke oder ist es eine andere Strecke? Wir haben das hineingebracht und wir sind aus dem Grund auch bereit gewesen, einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Das ist kein freiheitlicher Antrag, man sollte das einmal feststellen. Es ist ein gemeinsamer Antrag, der bewirken soll, daß das Projekt Koralmbahn so rasch als möglich weitergeführt werden kann. Man muß auf die Wünsche der Anrainer Rücksicht nehmen, muß schauen, daß der Bescheid so rasch als möglich wieder erlassen wird. Wir sind auch hier bereit mitzuwirken, wenn es um zusätzliche Maßnahmen geht.

Die Verkehrspolitik: Man wird es sich nicht so leicht machen können seitens der freiheitlichen Partei, daß immer andere schuld sind, für das was in ihrem Bereich passiert. Drei Minister, zumindest der dritte Minister ist im Verkehrsbe-
reich am Werk und die Leute tun sich nicht so leicht, wenn immer ein neuer von vorne in diesem Ressort anfängt.

Es ist eigentlich relativ einfach den Leuten der HL-AG die Schuld zu geben, die sich in vorbildlicher Weise bemühen - alles ist noch nicht ausdiskutiert mit der Bevölkerung und das ist ganz wichtig und das ist ein wichtiger Punkt und der wichtigste für uns Sozialdemokraten - die Trassenführung hier in Kärnten festzulegen. Was wichtig ist, und wir werden als Sozialdemokraten zu unserem gemeinsamen Antrag einen Zusatzantrag einbringen, daß der Bereich Semmering auch positiv beschlossen wird. Das heißt, der Semmeringtunnel ist die Grundlage für ein Funktionieren der Koralmbahn. Die Koralmbahn ist ein Teil ... Und jeder ernst zu nehmende Verkehrsexperte bestätigt das, daß die Koralmbahn ohne den Semmeringbasistunnel etwas ist, was nicht funktionieren kann. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung und wir brauchen eine von unserem Bundesland in Kärnten in Richtung

Wien und in den Osten Europas. Wir brauchen vernünftige Anbindung an den Korridor V, der ja auch im Entwickeln ist, der sich auch entwickelt. Wir brauchen eine vernünftige Anbindung. Wir brauchen das Verkehrskonzept, was ich ständig fordere für Kärnten in all den Bereichen. Das brauchen die Menschen, damit sie wissen, wie sie zu ihren Arbeitsplätzen kommen, wie sie von den Ballungszentren eben zu von den Ortschaften in die Ballungszentren kommen, wo die Arbeit auch stattfindet.

Ich ersuche Sie, die Damen und Herren der Fraktion der ÖVP und der freiheitlichen Partei, daß sie unserem Zusatzantrag "Semmeringtunnel" die Zustimmung geben. Es ist wichtig, daß diese Zustimmung signalisiert, daß der Semmeringtunnel ein ganz ein wesentlicher Teil und eine wesentliche Forderung zumindest unseres Landes ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Ich finde, und das möchte ich auch feststellen, die heutige Sonderlandtagssitzung als absolutes Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Problemen, die Kärnten bewegt. Die FPÖ hat in ihrem Bereich jetzt genug Probleme personeller Natur zu bewältigen. Wir haben im beschäftigungspolitischen Bereich in unserem Bundesland keine Jubelzahlen, obwohl das letzte Mal falsche Zahlen da wieder genannt worden sind, *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* sondern der Baubereich hat große Probleme im beschäftigungspolitischen Bereich. Wir sind nicht ein Land wo Milch und Honig fließt, daß wir in der Kaufkraft gewaltig viel aufgeholt haben. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir uns mit den Kernthemen hier beschäftigen.

Der eine Bereich, der heute die Grundlage für die Sonderlandtagssitzung war, die Reparatur eines schlecht vorbereiteten Bescheides ist eine Kleinigkeit. Das sollten wir gemeinsam machen. Aber was wichtig ist, daß wir uns mit den Kernproblemen der Bevölkerung und der Menschen in unserem Lande beschäftigen. Events alleine, die gut sind für unser Land, die Tourismus bringen, die Nächtigungszahlen bringen - Events alleine sind zuwenig. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Willst den Villacher Kirchturm abschaffen?!)* Schauen wir, daß wir Ganzjahresarbeitsplätze zur Verfügung haben, um besseres Einkommen und mehr Beschäftigung in unserem Land sicherstellen und gewährleisten zu können. *(Bei-*

Unterrieder

fall von der SPÖ-Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit KO Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mich ein bißchen gefragt, was den Kollegen Strutz motiviert - nach einem ausgedehnten und hoffentlich auch verdienten Griechenlandurlaub - wieder einen Sonderlandtag zu verlangen. Vielleicht war sich die freiheitliche Fraktion nicht mehr ganz im klaren, ob die Position für den Koralm-tunnel auch weiterhin noch zu vertreten ist, oder ob es zwischenzeitlich vielleicht schon eine Parole gegeben hat oder ob es den Anlaß dazu gibt oder ob dieser Anlaß gesucht wurde, um zu sagen, es passieren Fehler aber nicht bei uns. Es ist der Verwaltungsgerichtshof - die Schuldigen werden wo anders gesucht. Aber ein bißchen kurios ist das schon, meine Damen und Herren, daß ausgerechnet jene Fraktion den Sonderlandtag einberuft, um die Probleme zu besprechen und zu lösen, die sie selbst in ihrem Kompetenzbereich zu verantworten hat. Das verwundert mich schon ein bißchen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Aber nichts desto Trotz, wir tun das gerne.

Für die Kärntner Volkspartei darf ich zwei Dinge festhalten: Für uns war es immer ein unverrückbarer Standpunkt, mit aller Vehemenz für die Koralmstrecke einzutreten aus regionalpolitischer Notwendigkeit, zur Überwindung der regionalpolitischen und wirtschaftspolitischen Randlage aus diesem Verkehrseck herauszukommen und um auch etwas für die Bauwirtschaft zu tun, die ja in Kärnten besonders notleidend ist. Da brauchen wir keinen neuen Beschluß bekräftigen, sondern es ist für uns eigentlich immer die Richtschnur unseres politischen Handelns gewesen.

Nicht ganz so war es bei den freiheitlichen Ministern. Ich erinnere mich auf die permanente Infragestellung des Gesamtprojektes durch die Bundesministerin Forstinger und auch andere, so daß es wahrscheinlich jetzt notwendig ist, daß ihre Fraktion sich sozusagen noch einmal ihrer Position zu versichern hat. Ich kann mich sehr gut erinnern - und das ist durch die Medien ge-

gangen, meine Damen und Herren! Kollege Gallo, du wirst dich vielleicht auch daran erinnern! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Es hat eine wunderbare Spatenstichfeier gegeben. Die Mitwirkenden waren der Herr Landeshauptmann, der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter und Verkehrsreferent, die Frau - glaube ich - Staatssekretärin und die Bundesministerin für den Verkehr, Forstinger. *(Abg. Dr. Wutte zeigt ein Bild von der Spatenstichfeier. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nur kein ÖVPler ist im Bild!)* Es war eine wunderschöne Spatenstichfeier, großartig! Aber der Bescheid war alles andere als wunderbar, der war nämlich dilettantisch und der Bescheid, der vom Ministerium gekommen ist, der hat nicht diese Qualität, die manche Eröffnungsfeierlichkeiten im Voraus darstellen können. Und diesen Qualitätsvergleich möchten wir eigentlich einmal hergestellt haben, daß bei der Arbeit die gleiche Qualität wie beim Feiern hergestellt wird. Das ist unsere Aufforderung. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Es geht darum, die Sorgfalt nicht auf die richtige Farbe der Sparten auszurichten sondern auf die korrekte Vorbereitung der wichtigen und notwendigen Bescheide. Das wäre vielleicht einmal richtig, daß man das sagt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Da kann man dann nicht ganz einfach sagen, das waren halt die Leute in der HL-AG oder das waren die Beamten des Ministeriums. Wer sich so für ein Projekt im Voraus feiern läßt, meine Damen und Herren, der muß auch die politische Projektverantwortung übernehmen. Und diese politische Projektverantwortung liegt eindeutig beim freiheitlichen Ministerium. Ich muß das offen sagen, so leid es mir tut! *(Unruhe in der FPÖ-Fraktion - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was willst denn?!)*

Und jetzt gibt es einen leisen Hoffnungsschimmer. Kollege Gallo, es gibt einen leisen Hoffnungsschimmer! Der neue Bundesminister gibt also eine wunderbare Zeitung heraus "Schienen in die Zukunft", läßt sich abermals feiern und hat große Versprechungen angekündigt. Ich lese mit Optimismus aber leider auch manchmal mit Enttäuschung: "Wir werden die Verfahrensabläufe optimieren." Der Bescheid aus dem Ministerium war suboptimal, meine Damen und Herren! Also von Optimieren kann da nicht die Rede sein. *(Abg. Dr. Egger: Das ist ja topaktuell!)* Ja, topaktuell, ja höchst an der Zeit! Ich hoffe

Dr. Wutte

nur, daß das auch umgesetzt wird, Frau Kollegin! Dann wurde geschrieben: "Die Planungszeiten werden halbiert." Wenn es so weitergeht, dann werden die Planungszeiten nicht halbiert sondern verdoppelt und das wäre also genau das Verkehrte, was wir haben wollen. Die dritte große Ankündigung heißt "Offenes Planungsverfahren und Einbindung aller Bürgerinitiativen und Bürgerinteressen". Also wenn es so ist - und es sitzt ja auch ein Rechtsvertreter der HL-AG da -, daß das offenes Planungsverfahren ist und Interessenvertretung der Bürger, daß über die HL-AG Druck ausgeübt wird, und daß jene Angebote zum Vergleich oder zur Lösung eines Rechtsstreites, (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) die ernst zu nehmen sind und die angenommen werden sollten, dann von der HL-AG mit Rückendeckung des Ministeriums nicht befolgt werden, dann ist das alles andere, dann ist das alles andere als ein offenes Verfahren, das die Bürgerinteressen berücksichtigt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Offener geht es nicht mehr!*)

Wir wollen - das zum Abschluß, meine Damen und Herren - da im Landtag nicht nur debattieren, sondern wir wollen Taten sehen und wir wollen diesen Bescheid, den wir dringend einfordern, den Ersatzbescheid des Bundesministers nicht erst zum Sankt Nimmerleinstag sehen, sondern wir wollen ihn bis 20. September auf dem Tisch haben. Ein diesbezüglicher Zusatzantrag wird von uns gestellt. Wir wollen den Ersatzbescheid im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der Bevölkerung, im Interesse Kärntens bis 20. September auf dem Tisch haben. Das ist die Nagelprobe für die zuständigen Referenten, meine Damen und Herren! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt jetzt kein Antrag mehr zur Dringlichkeit vor. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! Das ist einstimmig so beschlossen.

Als erster Redner zur Sache, zum Antrag selbst hat sich Abgeordneter Schwager gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Zuhörer auf den Zuschauerrängen! Das Thema der heutigen Sondersitzung des Kärntner Landtages wird natürlich trotz Einstimmigkeit unterschiedliche Interpretationen zulassen. Das geht so weit, daß der Klubobmann der SPÖ - dem geht es zu schnell, der Sonderlandtag ist zu früh einberufen und dem Klubobmann der ÖVP geht anscheinend wieder alles zu langsam. Wir aber vom Kärntner Landtag aus sollen dazu beitragen, daß möglichst rasch wieder der Rechtszustand hergestellt wird, daß dieses Teilstück - und es geht ja nur um die 13 Kilometer - von Klagenfurt bis hinunter, daß diese 13 Kilometer rasch wieder der Weiterarbeit zugeführt werden können. Und das zu analysieren ist natürlich auch unsere Aufgabe. Und es soll ja auch nur sein, daß der Kärntner Landtag dem Minister und der Bundesregierung eine Unterstützung gibt, daß eben wieder rasch, daß man auch von Kärnten aus signalisiert bekommt, daß rasch wieder eine neue Verordnung herauskommt, und daß sehr rasch wieder weitergearbeitet werden kann. Dazu muß man auch einmal ausdrücklich festhalten, daß das Gesamtprojekt des Koralmtunnels nicht gefährdet ist, weil diesbezügliche Verordnungen ja in Kraft und heraus sind und die Finanzierung für dieses Projekt mit zirka 6,5 Milliarden Schilling bereits im vergangenen Jahr gesichert wurde. Daß es aber für uns Kärntner von immenser Bedeutung und Wichtigkeit ist, da gerade die Bauwirtschaft nicht auf Rosen gebettet ist in diesem Jahr, daß gerade da die Arbeit weitergeführt werden kann und das möglichst rasch oder halt so rasch es möglich ist.

Verehrte Damen und Herren! Natürlich sind Mängel passiert bei der Durchführung. Weil wenn man sich da diesen Zeitplan anschaut, daß der eisenbahnrechtliche Bescheid - der erste Abschnitt dieses Teilstückes von Althofen nach Klagenfurt, diese 13 Kilometer zirka - im März 2000 erlassen wurde, dann kam die Beschwerde dieser Anrainerin im Mai 2000, dann hat es auch eine Stellungnahme des Bundesministeriums gegeben und da wäre ja schon die Möglichkeit gewesen im Sommer 2001 in Verhandlungen mit der Beschwerdeführerin das wegzubringen. Die-

Schwager

se Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof wegzubringen. Das hätte lediglich Kosten von zirka 20.000 Schilling - die Anwaltskosten wollte die Beschwerdeführerin zurück haben - betragen. Aber es hat dann die HL-AG das abgelehnt und hat es darauf ankommen lassen, trotz des Erkenntnisses - das Erkenntnis vom Lainzertunnel war ja bereits im September 2001 da, das ähnlich gelagert ist. Also da muß man sich schon fragen, wie so etwas möglich ist mit solch großen Auswirkungen dann.

Aber jetzt muß ich auf eines auch noch eingehen und zwar auf die Stellungnahmen der verschiedenen Parteien. In den vergangenen Wochen, seit das jetzt natürlich publik ist, seit das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes da ist, hat ja die Bundes-SPÖ klammheimlich Schadenfreude gegenüber Kärnten. Sie hat ja schon über ihren Bautensprecher Eder uns mitteilen lassen, daß jetzt sofort die Gesamtmittel zum Bau der Koralmbahn in Ostösterreich eingesetzt werden sollen. Bitte, die wollen natürlich auf unsere Kosten ihre Versäumnisse, jahrzehntelangen Versäumnisse für den Ausbau des Bahnnetzes in Ostösterreich und die Anschlüsse an Tschechien, Slowakei und Ungarn mit den uns zustehenden Mitteln jetzt kompensieren. Und da erwarte ich mir natürlich von der SPÖ-Kärnten eine klare Distanzierung von dieser Vorgangsweise, weil ich schon der Meinung bin, daß - so wie der Klubobmann da gesprochen hat - wir in diesem Fall zusammenhalten müssen und nicht nur in diesem Fall.

Weil wir sind Kärntner Abgeordnete und wir haben nur das zu vertreten, was unserem Bundesland nützt und nicht übergeordneten Parteiinteressen. Noch dazu wo ja ohnehin unser Bundesland (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit, bitte!*) durch Jahrzehnte, durch Jahrzehnte, benachteiligt wurde. Sehr geehrter Herr Präsident, ich habe nicht verstanden. Was haben Sie gesagt? (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) Nein, ich habe ... darf ich mit aller Höflichkeit, Herr Präsident, darauf hinweisen, daß die Redezeit nicht beschränkt ist, weil die Dringlichkeit beschlossen ist und wenn man zum Antrag spricht, ist die Redezeit nicht beschränkt. (*Vorsitzender: Jawohl! - Abg. Ramsbacher: Kannst länger reden. 5 Minuten kannst noch reden! - Vorsitzender: Wir reden schon zur Sa-*

che. Entschuldige, Sie können solange so lange reden, so lange ...) Danke! Ich werde mich bemühen, recht kurz zu sein Herr Präsident! (*Abg. Dr. Wutte: Das wäre nett!*) Kärnten über jahrzehntelang ja äußerst benachteiligt war. Ich verweise nur auf die zugeteilten Mittel; jeweils die Mittel für den Bundesstraßenbau aber auch beim Bahnbau. Wir brauchen nur nachdenken, wie lange der zweigleisige Ausbau von St. Veit nach Klagenfurt bei der Bahn braucht und gebraucht hat. Der zweigleisige Ausbau der Tauernbahn. Also, das sind alles Sachen die nicht erfreulich für unser Bundesland sind. Und ich hoffe, daß das jetzt mit Beteiligung von Kärntner Ministern in der Bundesregierung natürlich rascher geht.

Beim Bundesstraßenbau sind wir über Jahrzehnte, und da geht es um Milliarden Schillinge, benachteiligt worden. Und nur unserem Landeshauptmann ist es geglückt, jetzt bei der Verlängerung für Kärnten einen ganz besonders vorteilhaften Aufteilungsschlüssel herauszuverhandeln. Es wird circa um 100 Millionen Schilling gerechnet, weil das Ganze hat sich ja im vergangenen Jahr abgespielt, diese Verhandlungen über die Verlängerungen. Und die Bundesstraßen, wie wir alle wissen, sind ja mit 1. April den Ländern übergeben worden. Und das war damals so circa 8 Prozent die Kärnten an Bundesstraßenmitteln jährlich bekommen hat für die Erhaltung, für den Neubau. Und das ist jetzt zwischen 10 und 11 Prozent aufgestockt worden. Das ist sogar soweit gegangen, daß sich jetzt das Land Tirol benachteiligt fühlt und der Landeshauptmann von Tirol Einspruch gegen diese Verlängerung gemacht hat. Aber wir sind der Meinung, daß Tirol das verschlafen hat, weil die Sonderfinanzierung der B 100, zum Beispiel, ist undenkbar, daß wir Kärntner für den Ausbau der B 100 Mittel abgeben und zum Beispiel in Tirol die Umfahrung Sillian gebaut werden kann. Ich glaube, darum wird sich schon das Land Tirol selbst bei der Bundesregierung kümmern, um ihre Mittel. Aber das alles hilft uns in Zukunft und das alles wird uns dann weiterbringen in der Wirtschaft, in der Einbindung bei den internationalen Verkehrswegen. Und dem können wir Freiheitlichen auch nichts abgewinnen, daß die Verkehrswege - sprich dieser Korridor 5 - an Kärnten vorbeiführen sollte, sondern wir wollen wichtige Verkehrswege durch Kärnten führen.

Schwager

Besonders die Bahnlinie. Dafür haben wir diesen Großverschiebebahnhof Fürnitz ausgebaut. Und es ist eben wichtig, daß diese Koralmbahn so rasch wie möglich gebaut wird. Es ist ganz wichtig, daß die Bahn dann auch in Richtung Wien weitergeführt wird, wie immer.

Aber wir vertreten das auch und es ist vertretbar, daß man am Eintritt für den Semmeringtunnel, weil beim Semmeringtunnel ist die Planung fix und fertig, es könnte sofort mit den Baumaßnahmen begonnen werden, jedoch haben wir wieder das Phänomen, daß einer in Ostösterreich sich vehement dagegen wehrt, daß dieser Semmeringtunnel gebaut wird. Und das ist kein Freiheitlicher. Das ist kein geringerer als der Landeshauptmann Pröll von Niederösterreich. Und da kann man auch nur sagen, die Kärntner ÖVP, die immer die Maßnahmen der freiheitlichen Minister und freiheitlichen Landesregierungsmitglieder in dieser Frage kritisiert, möge bitte bei ihrem Parteifreund Pröll einmal vorstellig werden - wenn ihr euch das getraut - und dann dem dort einmal massiv "die Wadl nach vorne richten", daß er nicht wichtige, wichtige Verkehrswege nach Kärnten blockiert. Und es hat der Landesrat Dörfler hier einen Plan mit, wo die Verkehrsdichte der Schienenstränge und die Wichtigkeit der Schienenstränge eingetragen ist. Und da sieht man, daß Österreich am Semmering nahezu aufhört, daß der Süden Österreichs "sprich Steiermark und Kärnten" krass, seit Kriegsende oder seit 1955, wo man alle Möglichkeiten gehabt hätte auch den Süden verkehrstechnisch besser einzubinden, man das sträflich vernachlässigt hat und hauptsächlich nur die Ballungszentren im Osten und im Norden Österreichs massiv bevorzugt hat.

Es ist auch, wenn was weitergegangen ist in Kärnten, ich sprech nur wieder die Tauernautobahn an, dann mußte Kärnten Beiträge leisten. Bei der Tauernautobahn, das Verkehrsstück zwischen Spittal und Villach, daß das einer raschen Baumaßnahme zugeführt wurde, mußte Kärnten eine halbe Milliarde Schilling aufbringen und zahlen. Und bis jetzt zahlen wir da die Raten zurück. Das sind jährlich im Budget 30 Millionen Schilling, die da notwendig sind. Das verlangen wir natürlich dann für einen weiteren Ausbau. Dann sollen sie es in Ostösterreich auch machen, wenn sie ihre Infrastruktur weiter aus-

bauen wollen. Dann sollen sie halt, so wie wir Kärntner es tun mußten, auch Mittel der Länder und der Stadtgemeinde Wien dazu hernehmen. Wir Freiheitlichen sind bestrebt, nicht nur diesen Bahnbau weiter zu betreiben, sondern die gesamte verkehrsmäßige Infrastruktur in Kärnten zu verbessern und zu erweitern. Es ist ja, wie Sie wissen, bereits der Gräberntunnel und der Packausbau im Gange. Es muß in rascher Zukunft und es wird in rascher Zukunft die zweite Röhre am Katschberg gebaut werden. Voraussetzlicher Baubeginn soll das Jahr 2004 sein. Das sind wichtige Sachen. Die B 100 ist im Bau, die Finanzierung ist gesichert. Das alles haben wir den Ministern in Wien, dem Minister Reichhold und unserer Landesregierung hier zu verdanken, weil das ist einfach das äußerst Wichtigste in unserem Land und bei allen Bürgerbeteiligungsverfahren, für die wir uns natürlich auch aussprechen. Aber das es Verzögerungen um Jahre geben kann, da muß sich auch der Gesetzgeber - sprich der Bundesgesetzgeber - einmal den Kopf zerbrechen, daß man das doch rascher abwickeln kann, weil es ist manchmal schwieriger etwas zu planen als baulich durchzuführen. Und das fängt ja schon im Kleinen an. Das fängt manchmal schon beim Häuslbauer an. Bis da alle rechtlichen Bewilligungen vorhanden sind, das ist das Schwerste. Bei aller Notwendigkeit, daß man natürlich betroffene Bürger einbindet, muß die ganze Abwicklung irgendwie rascher vonstatten gehen.

Dann ist für Kärnten die Zukunft, was die Verkehrserschließungen betrifft, eigentlich gesichert, weil alle finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Es ist nur, daß hauptsächlich immer wieder von Wien und wenn auch manchmal die Presse über uns höhnt, daß wenn irgendwas schiefgeht, daß dann die Kärntner halt gemeinsam mobil machen gegen "diese Wiener", aber leider sind halt manchmal nicht nachvollziehbare Erkenntnisse von Höchstgerichten in Wien, von Verbunden mit Zentralstellen, die in Wien wirken - so haben wir ganz massiv den Eindruck - uns Kärntnern nicht allzu wohl gesinnt. Da haben wir schon große Probleme auch in diesem Fall dieses Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nachzuvollziehen. Aber wie immer das ist, es gibt natürlich darüber hinaus kaum etwas und man muß das zur Kenntnis nehmen und das Beste daraus machen.

Schwager

Ich möchte mich abschließend auch als Verkehrssprecher der Freiheitlichen bei der SPÖ wie bei der ÖVP bedanken, erstens daß ihr doch zur Sondersitzung gekommen seid und zweitens, daß das einstimmig drübergehen wird. Wir werden natürlich auch den SPÖ-Antrag auf Unterstützung zu einem raschen Bau des Semmeringtunnels mittragen und mitunterstützen, aber natürlich halt verbunden auch mit beiden Parteien. Bei der SPÖ und bei der ÖVP nicht nur hier markige Sprüche von diesem Rednerpult aus zu tätigen, sondern in den eigenen Reihen für Kärnten zu werben, für unsere notwendigen Maßnahmen, Verständnis bei den Wiener Parteizentralen und bei deren einflußreichen Sprechern zu erwecken, sodaß wir doch gemeinsam dann einen Schritt weiterkommen und da hoffen wir, daß das dann auch funktionieren wird. Danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Koncilia das Wort.)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Kollege Schwager, nur zur Richtigstellung. Dem Klubobmann Unterrieder ist es nicht zu schnell gegangen, er hat mit seiner Wortmeldung nur aufgezeigt, daß die SPÖ um die Abhaltung der Aktuellen Stunde gebracht wurde. Das ist der entscheidende Punkt gewesen, ansonsten kann es - glaube ich - in diesem Fall nicht schnell genug gehen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die SPÖ-Landtagsfraktion hat immer eine klare Linie was die Koralmbahn, aber auch was den Semmeringtunnel anbelangt, verfolgt und eingehalten. Es sind von uns, aber auch von der ÖVP, immer wieder Anträge zu diesem Thema im Landtag eingebracht worden und im zuständigen Ausschuß auch behandelt worden. Von der FPÖ wurde vielfach dann immer dem entgegeng gehalten, daß die Anträge überholt sind, daß sie eine Wiederholung darstellen, weil ohnehin alles auf Schiene ist. Daß dem nicht so ist, haben wir jetzt gesehen und daß der Spatenstich im März 2002 ebenfalls in erster Linie nur eine Jubelmeldung war, ist ebenfalls klargestellt worden. Es ist für uns und für mich daher schon sehr interessant festzustellen, daß gerade die FPÖ einen Antrag

für die Abhaltung eines Sonderlandtages eingebracht hat, denn es ist nicht mehr und nicht weniger als ein Mißtrauensantrag an den ehemaligen Landesbaustraßenreferenten und jetzigen Infrastrukturminister Ing. Reichhold. Und ich kann mich noch erinnern, als der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold doch eher geschlaucht aus der Politik ausgeschieden ist. Und es ist vielleicht jetzt eine Retourkutsche des Herrn Klubobmannes Strutz und Pfeifenberger, bei denen ja bekannt war, daß mit Reichhold die Linie nicht immer sehr gestimmt hat. *(Abg. Dr. Strutz: Was tuast denn du? Kaffeesud lesen! Das stimmt ja nicht!)*

Aber auch die Einstellung zum österreichischen Recht, meine sehr geschätzten Damen und Herren, oder zu den rechtsstaatlichen Einrichtungen ist für mich doch einigermaßen kritisch. Es kann nicht so sein, daß man einmal den Verfassungsgerichtshof maßregelt, das nächste Mal ist es der Verwaltungsgerichtshof. Also immer wieder, wenn Gerichte entscheiden und wenn diese Entscheidungen nicht den Vorstellungen der FPÖ entsprechen, dann ist die Justiz in Frage gestellt. Und gegen den Bescheid des Verwaltungsgerichtshofes und gegen dieses Vorbringen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist ja genug geschrieben worden. Es war das Einstandsgeschenk, das hat der Herr Abgeordnete Schwager auch schon gesagt, der damaligen Verkehrsministerin und man hat also damals gesagt, jetzt kann nichts mehr diesen Schritt verhindern. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Landeshauptmann Haider hat gemeint, es sei böse Absicht des Verwaltungsgerichtshofes, es sei böse Absicht! Ich glaube, über diese Dinge sollten wir in einem Rechtsstaat nachdenken. Der ÖVP-Verkehrssprecher Helmut Kukacka hat im Nationalrat ebenfalls darauf hingewiesen, welche Versäumnisse da tatsächlich eingetreten sind und wo man die Schuld sucht. Und ich kann mich einfach nicht mit dem Ergebnis anfreunden, daß immer die Hochleistungs-AG, ein Beamter im Ministerium, daß also immer andere schuld sind wenn etwas nicht ganz klappt und der zuständige Minister kann nichts dafür. Auch der Herr Klubobmann Strutz hat ja die Umsetzung des Skandalurteiles erwähnt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich mache mir wirklich langsam Sorgen um den Rechtsstaat Österreich, *(Einsetzender Beifall von der SPÖ-*

Koncilia

Fraktion.) wenn laufend solche Dinge in Frage gestellt werden. Und daß es eben nicht einmalig ist, das zeigt ebenfalls, weil sich die Verwaltungsgerichtshofrichter wehren. Und es ist nicht der erste Fall. Ich darf zitieren: "Das Urteil sei in dieser Form keineswegs einzigartig. Schon beim Lainzer Tunnel habe der Verwaltungsgerichtshof einen Bescheid aufgehoben, weil der Bewilligung nicht zu entnehmen war, ob die Anforderung der EU-Richtlinien in Hinsicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung dieses Verfahrens entsprochen haben". Also es ist nicht das erste Mal. Damals hat niemand gesagt, man ist gegen Wien. Nur wenn ein Gericht entscheidet, daß ein Antrag rechtswidrig ist, dann ist immer die Justiz gegen Kärnten. Ich glaube, so kann man diese Dinge nicht spielen. Und so kann man diese Dinge auch nicht beantragen. Herr Klubobmann Wutte hat ja ebenfalls schon auf das hingewiesen. Und ich meine noch einmal meine sehr geschätzten Damen und Herren! So kann es also nicht sein, daß man immer alles in Frage stellt wenn es einem nicht paßt.

Die Europäische Union hat Leitlinien für den transeuropäischen Verkehr oder fürs Verkehrsnetz Richtlinien erarbeitet. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man das liest, dann sieht man, daß Wien/Budapest eine nicht unentscheidende Rolle bei dieser Frage spielt. Und hier heißt es unter anderem in dieser EU-Studie. Von Triest bzw. vom slowenischen Adriaafen Koper stellt eine Achse über Marburg eine Verbindung über Slowenien nach Ungarn direkt her. Das heißt, vorbei an Graz, vorbei an Kärnten. Sieht man diese globalen Entwicklungen in der Koralmbahn und in weiterer Folge beim Semmeringtunnel wie wichtig es für Südösterreich, aber natürlich für uns speziell, aber auch für Norditalien ist. Wenn wir wissen, daß bei der Semmeringbahn, die stärkst belastete Bergstrecke Österreichs, 70.000 Güter- und Personenzüge jährlich über diesen Berg geführt werden, dann kann man die Problematik erkennen. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf schon erinnern, daß es auch einen Verkehrsminister Grasser in Kärnten gegeben hat, der sich auch für den Semmeringtunnel ausgesprochen hat. Und daß der damalige Nationalrat Reichhold sich in Wien dagegen ausgesprochen hat. Daß sich danach der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold in

Kärnten wie er war, für den Semmering ausgesprochen hat. Also hier - das ewige Hin und Her ist nachvollziehbar, ist durch Medien nachweisbar - und daher würde ich Sie wirklich einladen, diese Dinge nicht als Show zu benutzen, sondern hier geht es wirklich um mehr.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, noch etwas! Ich glaube, daß es in vielen Bereichen der HL-AG gelungen ist, mit Bürgergesprächen viele Dinge auszuräumen, daß viele Dinge ausgesprochen wurden. Natürlich sind Dinge offen und wird noch darüber sein ... Aber eines muß uns klar sein: Bürgerinitiativen im Raum Klopeiner See zeigen sehr deutlich auf, welche Sorgen die Bürger und die Bevölkerung dort haben. Die verkehrspolitische Maßnahme, die hier mit dieser Verbindung getroffen wird, ist eine, die für Generationen gilt. Und daher ist es wichtig, daß man mit den Bürgerinitiativen, daß man mit den Bürgern dieses Landes, aber daß man auch mit Personen, die als Partei angesprochen sind und besonders betroffen sind, daß man also hier versucht, Übereinstimmung zu erzielen. Denn wir wollen nicht gegen das Volk sondern wir wollen mit dem Volk, mit unseren Bürgern dafür sorgen, daß diese so wesentliche Verkehrseinrichtung auch für die Kärntner Wirtschaft wirklich zustande kommt.

Die SPÖ wird - der Klubobmann hat es ebenfalls heute schon erwähnt - einen Zusatzantrag bzw. hat diesen bereits eingebracht, damit wir wissen ... Und das sollte uns auch klar sein, daß die Koralmbahn ohne den Semmeringtunnel eben nicht jene Erfolgsbahn sein kann, die man sich im europäischen Raum vorstellt. Daher wird die SPÖ diesem gemeinsamen Antrag im Sinne einer Bestätigung unserer gemeinsamen Bemühungen und der laufenden Anträge, die wir eingebracht haben, selbstverständlich die Zustimmung geben. Wir hoffen aber, daß mit dieser Zustimmung nicht wieder das gemacht, was man vielfach darstellt und auch in ihren Reden immer wieder hört, es ist eine besondere Leistung der FPÖ, denn die muß man mehr als in Zweifel stellen. Wenn es uns gelingt für unser gemeinsames Heimatland, für die Kärntner Bevölkerung das weiterzubringen, dann soll es Aufgabe von uns gemeinsam sein. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Landesrat und Verkehrsreferent Dörfler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm! (*Abg. Ramsbacher: Kann das sein?!*) Ja, du warst nachher. Der Herr Ramsbacher kommt zu vier.

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich die Presse vom 2. August am Freitag lese, frage ich mich: Sind wir in Europa oder wo sind wir? Wenn ich sehe, was da passiert und daran müssen wir uns messen; Ausbau des europäischen Eisenbahnhochleistungsnetzes: 1981 gab es 285 Kilometer; 2000 - 2367 Kilometer. Wenn in Deutschland zwischen Köln und Frankfurt eine Bahn eröffnet wird, die in Zukunft in 76 Minuten diese Strecke absolvieren wird und gemeinsam mit der Lufthansa dieses Projekt entwickelt wurde, wo die Flüge eingestellt werden, wo die Bahn in einem Leistungstempo unterwegs ist, das eben europäisch ist. Und daneben steht dann "Sightseeing auf der alten Römerstraße". Da geht es um ein Tourismusprojekt in Kärnten, das sehr wichtig ist. Aber das ist wohl so ein bißchen das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Es hat uns eine Bundesregierung den Weg nach Europa geebnet, nur von der Verkehrsinfrastruktur da hat sie sich verabschiedet - Kärnten kam nicht vor. Ich kann das auch belegen. Eine Studie der TU-Wien "Erreichbarkeit der österreichischen Gemeinden mit der Bahn" und es freut mich, daß auch Wien blau ist, daß Linz blau ist, daß Salzburg blau ist, daß rund um Innsbruck blau ist und auch Vorarlberg gut erschlossen ist. Da gibt es nur ein bißchen Graz und dann gibt es gar nichts mehr. Das heißt, Kärnten kommt nicht vor.

Wie schaut es nach dem Projekt "Koralmbahn" aus? Dann ist Kärnten tiefblau und was für die Politik gilt, kann ja auch für den Verkehr gelten. Also das ist die Vision für Kärnten und das ist die Vision für Südösterreich. Und ich glaube es im Grunde ... (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Es ist über das Projekt "Koralmbahn" schon so viel gesagt worden. Ich möchte nur nachdrücklich daran erinnern: sind wir in Euro-

pa, wollen wir dieses Tempo, wollen wir diese Zukunftschancen ergreifen oder nicht? Und ohne Verkehrsinfrastruktur gibt es keinen Wohlstand. (*Abg. Sablatnig: Macht's das Tempo! Es ist ja kein Widerspruch!*) Wo war früher Reichtum? Dort wo Häfen waren und wir wollen an den Häfen des Wohlstandes auch in Kärnten teilnehmen. Es ist nicht zulässig, daß wir nicht mehr vorkommen.

Und ich kann auch die Verkehrsplanung Niederösterreich zitieren, einen Herrn Friedrich Zibuschka, Standard vom 3./4. August, die Verkehrsplanung in Ostösterreich: "die Westautobahn durchgängig vierspurig; die Westbahn durchgängig viergleisig; der Ring um Wien und die Nordautobahn A 5 nach Drasenhofen an der tschechischen Grenze fertiggestellt." Das sind so die Visionen und jetzt kommt's. "Wenn nicht die Bahn die Transporte übernimmt auf einer zweigleisigen Verbindung nach Tschechien etwa, sowie weiter südöstlich durch das Burgenland zu dem europaquerenden Transitkorridor V." Das ist ja wohl das Größte, was uns passieren kann. Zentralverkehrspolitiker in Wien und Niederösterreich fordern, daß die Südbahn praktisch im Burgenland abbiegt zum Korridor V, der dann nach Kiew geht, der dann nach Koper geht, der nach Triest geht, aber von Graz und Klagenfurt ist da keine Rede. Und das kann doch bitte wohl nicht zulässig sein, daß diese alte Verkehrspolitik - wenn ich es so sagen kann - Kärnten und die Steiermark de facto verkehrspolitisch vergißt. Wir können nicht mit der alten Römerstraße nach Europa fahren.

Das Größte, und das ist wohl auch ... Herr Klubobmann Unterrieder, wenn du heute sagst, daß die SPÖ selbstverständlich im Landtag für das Koralmbahnprojekt votiert, für die Verkehrszukunft Kärntens votiert, dann möchte ich wohl daran erinnern, daß Gott sei Dank die Landtagsfraktion der SPÖ ganz anders agiert wie der Pressedienst. Denn wenn am 29. Juli um 12.26 Uhr der Herr Verkehrssprecher Kurt Eder fordert, daß die Mittel für den Koralmbau zurück nach Wien fließen sollen. Und die Antwort darauf - und das ist das Größte, was mir jemals passiert ist - um 13.33 Uhr Presseaussendung SPÖ-Kärnten "Markut kritisiert Dörfler und Reichhold". Wissen Sie was da passiert ist? Den Herrn Markut habe ich um halb zehn am Abend angerufen,

Dörfler

weil ich ihn gut kenne. Sage ich: "Karl, was ist da los, wir verstehen uns doch gut und du bist ein nachhaltiger Koralmbahnpolitiker? - Ich habe davon nichts gewußt." (*Abg. Dr. Egger: Das ist ein Wahnsinn! - Abg. Dr. Strutz: Unglaublich!*) Und das ist die Politik der SPÖ! Da gibt es Presseaussendungen eines Bezirksparteiobmannes, eines Bürgermeisters, der den Baustopp des Koralmtunnels - was eh falsch ist, es geht nicht um den Koralmtunnel, sondern es geht um das Projekt Klagenfurt/Althofen - der unautorisiert Bösartigkeiten gegen einen Minister und gegen einen Verkehrsreferenten über den SPÖ-Pressedienst an die Öffentlichkeit bringt. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - LR Ing. Rohr: Steht ja nichts Falsches drinnen! Es steht ja die Wahrheit drinnen!*) Also, wenn das die Politik der SPÖ ist, daß der Pressedienst die Politik macht, dann frage ich mich, für was wir einen Landtag haben. (*Weiterhin Unruhe in der SPÖ-Fraktion*)

Ich meine Ja zur Verkehrsinfrastruktur. Ich sage Ja zu Kärnten. Ich sage Ja zu 40.000 Arbeitsplätzen, die dieses Koralmprojekt für Kärnten und die Steiermark bringt. Ich sage Nein zu einer Politik der Presseaussendungen. (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Woran wird man uns messen? Uns wird man daran messen, daß nicht irgendwelche Richter in Wien so tun, als wenn es die Steiermark und Kärnten nicht gäbe. Uns wird man daran messen, daß wir dieses Projekt noch wesentlich verbessern, daß wir im Interesse der Bürger zum Beispiel am Klopeiner See aber auch im Raum Klagenfurt - Villach ... Das sind unsere Herausforderungen. Und es freut mich, daß dieser Landtag heute einen Beschluß faßt, der zumindest eine Gemeinsamkeit außerhalb des SPÖ-Pressedienstes festhält, daß wir letztendlich gemeinsam Verkehrsvisionen für Kärnten fordern, die wir dringend brauchen. Und messen wird man uns - sage ich noch einmal - daran, wie wir die Projekte finalisieren können. Erstens ist das Zeitthema europäisch. Das heißt, wir haben viel zu tun. Und zweitens ist die Qualität europäisch und bürgerfreundlich. Es wird ein gutes Koralmprojekt nur dann gut sein, wenn wir letztendlich das Gesamtpaket bis Villach und bis zur Staatsgrenze europa- und bürgertauglich machen.

In diesem Sinne freut es mich, daß es hier Ein-

stimmigkeit gibt und ich hoffe, daß wir das letzte Mal über die Koralmbahn so diskutieren, sondern daß wir uns wirklich in Etappen im europäischen Tempo - was den Verkehr für Kärnten und Steiermark anlangt - weiterbewegen. (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher das Wort.*)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

(*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Oh je Ramses, wohin fahren wir?!*) Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zu meinen Vorrednern darf ich nur kurz eines sagen. Herr Landesrat Dörfler! Wir haben zehn Millionen Schilling ausgegeben und bis heute kein beschlossenes Verkehrskonzept für Kärnten. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt habe ich dich einmal auf der Alm gesehen!*) Leider, überhaupt keines noch!

Wir haben beim Semmeringtunnel ... Vielleicht etwas zum Abgeordneten Schwager, er hat hier die ÖVP-Kärnten kritisiert. Ich darf folgendes sagen: Der einzige Abgeordnete in Kärnten, der gegen den Semmeringtunnel gewesen ist, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Pröll!*) und zwar 13 Mal im Parlament gegen den Semmeringtunnel geredet hat, sogar Minister Einem und Klima zum Rücktritt aufgefordert hat und Ministeranklage angekündigt hat, war der derzeitige Landeshauptmann als Nationalrat Haider. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Ja! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Und der Pröll ist auch dagegen!*) Und es hat auch ... Gallo! Hör du auf mit deinen Zwischenrufen, die sind sowieso so disqualifizierend, daß es wirklich gescheiter wäre, du würdest nichts reden. (*Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ramsbacher!*)

Ich möchte auch unterstreichen, was der Abgeordnete Koncilia gesagt hat. Es hat einen Verkehrsgipfel in Wien gegeben, und da hat man gerade dort vom Dr. Salzer (Niederösterreichische Industriellenvereinigung) ein paar Fakten aufgezeigt. Die Bahn hat eine Zielquellverkehrsgeschwindigkeit von durchschnittlich 18 Kilometer. Und das ist in der heutigen Zeit gemessen am Durchschnittsverkehr in der Geschwindigkeit des LKW von 60 Stundenkilometer einfach

Ramsbacher

nicht konkurrenzfähig. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was heißt das praktisch?!)* Das ist die Wirklichkeit, daß gerade die Bahn im Güterverkehr derzeit einfach keine Konkurrenz zum LKW ist. Wenn es uns nicht gelingt, hier Maßnahmen zu setzen, daß die Bahn schneller wird, daß wir eine Hochleistungsstrecke bekommen und daß wir den Güterverkehr nachhaltig auf die Schiene bringen, werden wir ein Chaos im Straßenverkehr bekommen. Denn auch in der EU wurde vom Dr. Zibsch gesagt, daß derzeit insgesamt nur 15,7 Prozent Güter auf der Schiene transportiert werden. *(Abg. Schwager: Kärnten ist noch ein ...!)* In Österreich haben wir 1970 noch 55 Prozent Güterverkehr gehabt; 1980 39 Prozent; 1990 47 Prozent und 1993 waren es 45,8 Prozent. Es ist also noch zurückgegangen in den letzten Jahren. Jetzt ist es Gott sei Dank ein kleiner Anstieg gewesen in Richtung 2000/2001, daß man den Güterverkehr leicht ... Ich habe vom Direktor vom Walde vor ein paar Tagen gehört, daß doch es einen kleinen Anstieg im Güterverkehr gibt. Um so wichtiger ist es ... Und ich sage wirklich, um so bedauerlicher ist es, daß man so sorglos mit dem derzeitigen Bauprojekt der Koralmbahn oder der Strecken umgeht. Ich glaube das ist unverzeihlich. Ich verstehe überhaupt nicht, warum die FPÖ einen Sonderlandtag zur Aufdeckung ihrer eigenen Fehler einberuft. Weil sonst ist es ja nichts. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Man muß doch, wenn man den Bescheid anschaut und da drinnen hingewiesen wird, daß im Bescheid nicht angeführt wird, daß sich die belangte Behörde in der Frage, ob es sich um eine verfahrensgegenständliche Eisenbahnvorhaben, um den Bau einer Eisenbahnfernverkehrsstrecke im Sinne des Anhangs überhaupt nicht auseinandergesetzt hat. Das war ja Grundlage! Wenn es sich um eine Eisenbahnfernverkehrsstrecke handelt, dann hätten wir ja keine UVP gebraucht. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du sagst ja selber, daß es die Behörde ist. Die FPÖ ist nicht die Behörde!)* Nein! Aber wenn man einen Bescheid erläßt, dann muß man doch damit rechnen, daß eine UVP gefordert wird. Und weil es sich ja sowieso um eine Fernverkehrsstrecke handelt und weil sogar im Bescheid drinnen steht, daß die Abweichungen nicht mehr als 100 Meter von der Mitte des Gleises - in Wirklichkeit sind es drei Meter bis 21 Meter, die abweichen von der alten Eisen-

bahnstrecke. Also eh logisch ist, hätte man das ja hineinschreiben können *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* und dann hätte es hier keine Einspruchsmöglichkeit gegeben. Aber das ist ja noch gar nicht der Höhepunkt.

Der Höhepunkt ist ja der, daß das im April schon bekannt war und das eigentlich eine zivilrechtliche Einigung der Beschwerdeführerin und der HL-AG bereits im April dieses Jahres erfolgte. *(Unruhe in der FPÖ-Fraktion)* Die ursprünglich ins Auge gefaßte Zurückziehung der Verwaltungsgerichtshofsbeschwerde scheiterte einzig und allein - und das hat der Schwager richtig gesagt, ich habe gehört 40.000 - daran, daß die HL-AG bzw. das Ministerium nicht bereit waren, die Kosten von Dr. Fink zu ersetzen.

Oder müssen wir "rechte Treffen" oder sogenannte "schlechte Treffen" in Kärnten machen, damit wir Aufmerksamkeit erregen und die Arbeit nicht erledigen. Nix arbeiten *(Bei diesen Worten klopft der Redner lautstark aufs Rednerpult.)* und auf der anderen Seite jetzt lamentieren, weil nichts weitergeht, aber in Wirklichkeit nur Show und Events und alles drums Theater. *(Abg. Dr. Egger: Was hat das mit der HL-AG zu tun?!)* Und Kärnten, und Kärnten ist genauso wie da, 13 Mal nachweislich im Nationalrat verraten worden! Genauso wird es jetzt immer wieder weitergehen! *(Abg. Kreuzer: Oba geh'!)* Und das werden wir uns auf die Dauer nicht mehr leisten können. Das ist der Sonderlandtag, den wir einberufen müßten, damit in Kärnten endlich was weitergeht. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Eines noch zum Semmeringtunnel. Wir werden natürlich den Antrag der SPÖ unterstützen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Es gibt dazu auch Fachleute, die sagen, ohne Semmeringtunnel sei die Koralmbahn, so quasi, wie ein Auto ohne Sprit. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir wenigstens jetzt diese Verbindung retten. Daß wir diese Verbindung retten und so schnell als möglich in Verantwortung hier weitergehen. Und ich glaube auch, daß generell die Fristsetzung sicherlich notwendig ist, weil sonst wird das wieder verschlafen und wird wieder alles andere produziert in Kärnten und nicht die Arbeit getan. *(Abg. Dipl.-Ing. Heute bist guat, Hans! - Heute bist guat! - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das

Ramsbacher

Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema Koralmbahn und Realisierung ist ein für Kärnten, glaube ich, zu wichtiges Thema als daß es - sowie es heute schon angeklungen ist - quasi als Politspektakel oder als ein Ablenkungsmanöver von anderen die Innenpolitik beschäftigenden und wichtigen Themen sein soll. Wenn wir heute bei diesem Sonderlandtag, der ja schon in Frage gestellt worden ist, diesem Dringlichkeitsantrag in Dreier einstimmigkeit auch zustimmen, dann ist das ein wiederholtes Mal und ist dann, glaube ich auch, ein Gebot der Stunde im Interesse Kärntens. Das Ministerium ist gefordert, einen neuen Bescheid rasch zu fertigen im Interesse Kärntens. Durch angeblich potente Vertreter in der Bundesregierung wäre dies ja auch ohne Sonderlandtag möglich gewesen, denn ein Projekt dieser Größenordnung, geschätzte Damen und Herren, wird auch künftig nicht ohne Sperrfeuer und nicht ohne Proteste betroffener Anrainer auskommen. Und bei dieser Gelegenheit auch ganz klar und deutlich einmal eine Lanze für die HL-AG, die ich brechen möchte, die es sehr wohl versteht, in einem engen Dialog mit bester Grundlageninformation mit den betroffenen Anrainern, mit den betroffenen Bürgern, den Interessensausgleich für beide Seiten herzustellen. Das kann ich aus eigener Erfahrung für den Bereich des Unterkärntner Raumes hier dem Haus bestätigen. Ein unvollständiger Bescheid aus dem Ministerium ist das was er ist. Er ist unvollständig. Und es ist die Aufgabe der Hüter des Rechtsstaates, wie das der Verwaltungsgerichtshof ist, wenn die Bürger ihn fordern zu handeln. Und er hat gehandelt. Und der Spruch der Richter, der Höchstrichter, ist nicht mit Spott und Verhöhnung, wie das vornehmlich aus den Reihen der Freiheitlichen Partei immer wieder geschieht und auch bedauerlicherweise auch seitens des Landeshauptmannes, zu quittieren. Es kann nicht sein, daß ein Höchstrichterspruch so zitiert wird, wie das der Herr Landeshauptmann tut. Das ist ein Angriff der Ostmafia auf Kärnten. Geschätzte Damen und Herren! Das ist kein Beitrag, kein Beitrag für einen Interessensausgleich im Interesse Kärntens innerhalb von

Österreich, geschätzte Damen und Herren!

Der Fehler ist im Verkehrsministerium entstanden. Der Verwaltungsgerichtshof mußte so entscheiden und dieses Erkenntnis trägt ja auch Ihr Klubobmann Dr. Martin Strutz in einer Presseausendung, genauso wie wir es hier tun. Warum daher diese Verunglimpfung des Höchstgerichtes, geschätzte Damen und Herren? Die Notwendigkeit der Koralmbahn ist heute von vielen Rednern schon bekundet worden. Ein langer Baustopp wäre daher tatsächlich eine Katastrophe für unser Bundesland. Auch eine Katastrophe, wenn man weiß, wie lange die Realisierungsdauer ohnedies schon ist. Für gleichlaufende Projekte anderswo in Europa geschieht das in kürzerer Zeit, geschätzte Damen und Herren! Der Stopp, und weil es hier vom Herrn Abgeordneten Schwager angesprochen worden ist, an und für sich wäre darauf nicht einzugehen, bewirkt keine Geldumschichtung nach dem Osten Österreichs. Das ist ein Wunsch. Das ist halt sowie beim Christkindl. Es ist legitim ihn zu äußern, aber es ist ja der politische Wille - sowie man ihn vernehmen kann - aus der Bundesregierung und auch der politische Wille hier im Landtag, daß diese Gelder, die dereinst beim Semmeringtunnel packiert wurden, ja halt hierher umgeschichtet wurden, nicht wieder zurück in den Osten fließen werden. Ich gehe davon aus, daß die Bescheidreparatur relativ rasch erfolgen wird und dann auch diese Gelder hier zur Verwendung kommen.

Ich möchte es aber nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit, sowie auch einige Vorredner, die Koralmbahn nicht isoliert zu betrachten. Hier ist eine Gesamtschau anzulegen für die neue Südbahn. Dazu gehört die Koralmbahn, dazu gehört auch der Semmering-Basistunnel, geschätzte Damen und Herren! Und in der Gesamtschau ist es auch richtig mitanzudenken, und wir müssen es verfolgen, eine Anbindung an den Korridor 5. Und es ist in diese Gesamtschau miteinzubinden, ein Vorziehen der Tauernachse in der Prioritätenliste von 3 nach 2, geschätzte Damen und Herren! Und in die Gesamtschau fällt auch mit hinein, die Bewertung der Nebenbahnen. Diese sind zeitgleich mit der Realisierung der Koralmbahn zu modernisieren und zu sanieren. Das ist ein wichtiger Beitrag für unsere Regionen. Ich sage noch einmal: Der Koralmtunnel ist ein zu wichtiges Thema, als

Schlagholz

daß es allenfalls angedacht ist als Ablenkungsmanöver über die Diskussion wie man mit Privilegien innerhalb der Freiheitlichen Partei umgeht oder über die österreichweite Diskussion, welche ideologische Ausrichtung nun letztendlich die Freiheitliche Partei in Österreich einnimmt oder gar die klare negative Stimmung in der Öffentlichkeit bei einem Ankauf der Abfangjäger. Und warum zitiere ich das in diesem Zusammenhang? 2,3 Milliarden Euro kostet dem österreichischen Steuerzahler der Ankauf der unsinnigen Abfangjäger - 2,3 Milliarden Schilling kostet ... Euro. 2,3 Milliarden Euro kostet die Realisierung der Koralmbahn, geschätzte Damen und Herren! *(Es erfolgen mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo und Zwischenruf von Abg. Kreuzer. - Lärm und Unruhe im Hause.)* Und niemand braucht über die Kompensationsgeschäfte *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Abgeordnete Schlagholz.)* langwierige Verhandlungen einzugehen, niemand! Die Kompensationsgeschäfte sind mit der Realisierung der Koralmbahn da. Tausende Arbeitsplätze über Jahre; Einkommen, Kaufkraft, Wertschöpfung, geschätzte Damen und Herren! Das ist Kompensation. Da brauchen wir nicht lange verhandeln, man muß nur die Investitionen richtig setzen. Und es zieht sich ja wie ein roter Faden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe auch heute wieder das Vokabular "Wiedergutmachung", auch bei einigen öffentlichen Veranstaltungen in den letzten Tagen immer wieder das Zitat der Wiedergutmachung, vernehmen müssen. Ich muß Ihnen sagen: Diese Leier und dieses Gesäus von diesem Begriff ist mir völlig unverständlich und ist auch untragbar. Weil, was heißt denn das? Ist hier bewußt Kärnten von irgendjemanden großer Schaden zugefügt worden? Ist hier Kärnten von einer fremden Macht geschädigt worden? *(Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Ja, das stimmt ja alles nicht, geschätzte Damen und Herren! Wenn Sie tatsächlich Wiedergutmachung meinen, wieder gut machen im wahrsten Sinn des Wortes, dann können Sie folgendes machen: Die Ambulanzgebühren abschaffen, das ist Wiedergutmachung. Dann können Sie die Besteuerung der Unfallrenten wieder rückgängig machen - das ist Wiedergutmachung.

(Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Dann können Sie die Studiengebühren wieder abschaffen, das ist Wiedergutmachung. Oder um auch auf einen Nenner gebracht, fordern Sie Ihre Minister auf - auch ohne Sonderlandtag wäre das möglich gewesen - einen wasserdichten Bescheid zu erlassen. Das wäre Wiedergutmachung, geschätzte Damen und Herren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Noch im März dieses Jahres hat Minister Reichhold bei der Übertragungsverordnung an die HL-AG verkündet, jetzt gibt es für den Bau der Koralmbahn kein zurück. Geschätzte Damen und Herren! Hoffentlich ist der heutige Sonderlandtag, der heutige Akt den wir hier setzen ein Beitrag, daß der Koralmbahn ein Semmeringdesaster erspart bleibt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Baumann das Wort.)

Abgeordneter **Baumann** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörer und Gäste auf der Tribüne! Wenn die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes das Ziel gehabt hat, in Kärnten einen politischen Wirbel zu erzeugen, dann ist der gründlich gescheitert. *(Abg. Ramsbacher: Und dann machts einen Sonderlandtag!)* Erfreulich, Kollege, ... *(Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion aus. - Lärm im Hause.)* erfreulich die Reaktion ... Herr Kollege Ramsbacher! Erfreulich die Reaktion der im Landtag vertretenen Parteien. Erfreulich die Einberufung der heutigen Landtagssitzung. Es darf beim begonnenen Verkehrsinfrastruktur-Aufholprogramm Kärntens, Herr Kollege Schlagholz, keine weitere Verzögerung geben. *(Abg. Ramsbacher: Achso, ja!)* Daß wir, Kollegen und Kolleginnen, daß wir überhaupt in die Position gekommen sind, darüber eine Diskussion zu führen, das sollten wir in diesem Zusammenhang schon feststellen, verdanken wir ausschließlich unserem Landeshauptmann, unserem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, heutigen Infrastrukturminister und in der Folge den heutigen Landesverkehrsreferenten Gerhard Dörfler. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wer sich an den Beginn der Koralmdiskussion

Baumann

erinnert wird noch in Erinnerung haben, wie der mittlerweile, Gott sei Dank nicht mehr im Amt befindliche ÖVP-Generaldirektor Draxler sich über das Projekt Koralmbahn geäußert hat: "Volkswirtschaftlicher Unsinn", hat er dieses Bahnprojektvorhaben genannt. Und wenn ich an den Bürgermeister Seifried denke, Herr Kollege Schlagholz, der eine Idee die bei den Haaren herbeigezogen ist, tituiert worden ist, der nämlich eine Aufholmilliarde fürs Lavanttal gefordert hat anstatt das Bahnprojekt im Lavanttal, weil er gesagt hat, davon profitiert das Lavanttal nicht, dann weiß ich, was für krause Ideen da in diesem Zusammenhang gefallen sind. Heute, Herr Kollege Schlagholz, heute ist jedem vernünftigen und objektiven Bürger klar geworden, *(Es herrscht Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.)* daß dieses Projekt die einzige Bahninfrastrukturmaßnahme Österreichs ist, die einen längst fälligen Lückenschluß bedeutet. *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen: Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner!)* Wir Kärntner sind jahrzehntelang seitens des Bundes, was Verkehrsinfrastruktur betrifft, benachteiligt worden. Und es war den Freiheitlichen vorbehalten mit unserem Landeshauptmann an der Spitze, ein Umdenken herbeizuführen. *(Abg. Koncilia: Hoffentlich glaubst du das selber!)* Jawohl, Herr Kollege Koncilia. Wir sind derzeit aufgrund unserer Kärntner Präsenz auch in der Bundesregierung, in der Lage, dieses Vorhaben auch umzusetzen. *(Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion.)* Die Bescheidaufhebung ist bedauerlich, aber keinesfalls ein Rückschritt. Und Herr Kollege Wutte als juristisch vorgebildetes Mitglied des Kärntner Landtages. Einen Bescheid in vier Wochen neu zu erlassen, glaube ich, müßte auch dem Herrn Kollegen Wutte klar sein, daß das nicht möglich ist. *(Abg. Sablatnig: 8 Wochen sind das, Herr Kollege, bitte nachrechnen!)* Mit der Verwirklichung dieser Koralmbahn wird das Land Kärnten und im besonderen die Bezirke Wolfsberg und Völkermarkt einen Quantensprung im Bezug von Standortqualität im Wirtschaftsbereich erfahren. Damit verbunden sind natürlich die Schaffung und Sicherung von tausenden Arbeitsplätzen. Der volkswirtschaftliche Nutzen durch die Erschließungsfunktion Westösterreichs und des Lavanttales wird derzeit laut einer Studie des IHS mit 2,3 Milliarden Schil-

ling pro Jahr beziffert.

Wir dürfen auf diese Nutzung in Zukunft nicht verzichten, wollen wir nicht weiter an den wirtschaftlichen Rand Österreichs gedrängt werden. Wenn wir jetzt nicht eingebunden werden, sind wir auf ewig im Abseits. Das ist die einheitliche Meinung der Kärntner Wirtschaft insbesondere der Regionen Lavanttal und Jauntal. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir im Lavanttal erleben es jetzt hautnah. Wo Verkehrswege sind, sind auch vermehrt Unternehmen und siedeln sich auch vermehrt Unternehmen an. Verbunden sind damit: Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung für die Bevölkerung. Wir Freiheitlichen werden diesen Weg des wirtschaftlichen Aufholprogramms Kärntens, verbunden ist damit die Errichtung von Verkehrsinfrastrukturen, wie die Koralmbahn, konsequent fortsetzen. Wir laden Sie, verehrte Damen und Herren der beiden anderen Fraktionen herzlich ein, diesen Weg im Sinne der Kärntner Bevölkerung mitzugehen. Danke schön. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Sehr verehrte Zuhörer, Anrainer und Bewohner von der HL-Strecke betroffene! Wir Sozialdemokraten waren an sich immer schon diejenigen, die das Projekt "Koralmtunnel" und all die dazugehörigen Strecken unterstützt haben. Wir haben auch schon mehrmals sachlich fundierte und auch begründete Anträge in der Richtung eingebracht. Und gleich vorweg, auch heute zu diesem Antrag ein ganz klares Ja. Obwohl - und das muß man auch gleich dazu sagen - die eigentlichen Fehler vor allem im Bereiche der freiheitlichen Partei zu suchen sind. Und eines ganz klar, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorwurf der Freiheitlichen - insbesondere des Parteiobmannes Strutzes - in den Medien wonach es ein Skandal und eine Bestätigung dafür ist, *(Unruhe in der FPÖ-Fraktion - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was heißt Strutzes? Das heißt nicht Strutzes! Das hat mit der neuen Rechtschreibung nichts zu tun! Wir sagen zu dir auch nicht Schoberes!)* daß der SPÖ Kärnten die Anliegen der Kärntner

Schober

Bevölkerung absolut egal sind. Diesen Vorwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir auf das Schärfste zurückweisen. Dieser Vorwurf geht ins Leere.

Wenn Fehler passiert sind, dann sind sie im Bereiche der Freiheitlichen passiert, (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) denn sie stellen sowohl im Land als auch im Bund die politische Verantwortung durch die Minister und hier im Lande durch die Verkehrsreferenten. Und wenn etwas verbockt worden ist, dann muß man auch den Mumm haben, das einzugestehen. Es war einfach die mangelnde Kontinuität, die sich vor allem im Bereiche des Verkehrsministeriums aufgetan hat, innerhalb kürzester Zeit den dritten Minister. Von zwei wissen wir es zumindest, daß sie überfordert waren und zurückgetreten sind. Es war damals der Verkehrsminister Schmied, der war als Steirer noch gewissermaßen solidarisch zu Kärnten und da ist dieses Projekt damals entstanden. Forstinger kam aus Oberösterreich, da hat es wieder andere Ansichten gegeben. Und ich denke nur an den 15.01.2001 und ich zitiere, wo Forstinger angekündigt hat, daß diverse Investitionen in Bahn und Straße in Kärnten aufgeschoben werden sollen. Dann kam am nächsten Tag die Drohung, das Ultimatum unseres Landeshauptmannes Dr. Haider. Auch hier zitiere ich: "Wenn die Kärntner Verkehrsprojekte bis Freitag nicht wieder unterstützt werden, dann habe die Koalition keinen Sinn mehr." (*Abg. Steinkellner: Na also!*) Und er hat Forstinger zum Rapport geladen. Und dieser Rapport hat am 20.01. stattgefunden, nämlich in Wien. Und damals ist von der Verkehrsminister Forstinger die Zusage erteilt worden, diese Gespräche, diese Vorhaben ihrerseits sind zu Ende und es ist die Zusage gekommen, die geplanten Projekte in Kärnten weiterzuführen. Hier wurde Druck ausgeübt, meine geschätzten Damen und Herren! Druck ausgeübt, um in Kärnten einfach besser dazustehen.

Es gab großartige Ankündigungen: Beschäftigungspolitik, und, und, und. Was sicherlich, wenn es eingetreten wäre sehr positiv für unser Land wäre. Es wurde ein Jahr bevor überhaupt der Spaten in die Hand genommen wurde, der Spatenstich mit viel Pomp - das wurde heute schon einmal erwähnt - vorgenommen. Es wurden Jubelbroschüren erstellt. Ich denke nur an

diese Broschüre, die hat uns Steuerzahler ein Haufen Geld gekostet. Hier steht drinnen unter dem Titel "Koralmbahn": "Die Maßnahmenplanung läuft. Die berührten Gemeinden und Bürger sind eingebunden, um die Interessen des ländlichen Raumes einzubringen." Ja, wenn das getan worden wäre, dann täten wir heute nicht da sein, um noch einmal diesen Antrag zu unterstützen. Viel gescheiter wäre es gewesen, wenn man sachlich fundiert an diese Dinge herangegangen wäre, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: So wie du vom Rednerpult!*) wenn wir vor allem alle Voraussetzungen geprüft hätten und wenn wir vor allem auch die Interessen der Bürger hier eingebunden hätten.

Herr Landeshauptmann, Sie sind zwar heute bei dieser wichtigen Entscheidung wieder einmal nicht hier, aber ich darf es trotzdem in Ihrer Abwesenheit sagen: Ein sehr starkes Stück ist der Vorwurf, den Sie in den Medien getan haben, der Angriff der Ostmafia auf Kärnten. Geschätzte Damen und Herren! Genauso wie wir Kärntner Lokalpatrioten für unsere Projekte sind, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, bei dir merkt man nichts!*) muß man auch anderen gestatten, daß sie für ihre Projekte diese Dinge auf den Tisch legen. Aber der Ball liegt hier eindeutig beim Verkehrsminister. Er hat seine Aufgabe wahrzunehmen, er hat Prioritäten zu setzen. Und er wird halt auch einmal - anstatt große Ankündigungen zu tun - seinen Mann stellen müssen. Es kann nicht so sein, wenn er in Tirol ist, dann redet er für die Tiroler, wenn er in Salzburg ist, dann sagt er, ich mach mit euch den Sitzstreik mit und wenn er in Kärnten ist, dann macht er uns einfach die besseren Dinge. So kann es ja nicht sein! Ihre Partei, geschätzte Damen und Herren von den Freiheitlichen, hat es in der Hand in der Koalition mit der ÖVP auf Bundesebene dagegen aufzutreten, daß die Geldmittel, die Sie für Kärnten zugesichert bekommen haben, daß die auch hier in unserem Bereich bleiben und nicht in die Ostregion fließen. Und es hat diese ewige "Motschkerei" keinen Sinn. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die machst ja du, die ganze Rede ist eine Motschkerei!*) All das, was in den vergangenen Jahren seitens der Sozialdemokraten und auch der ÖVP verbockt worden ist, ... (*Abg. Ramsbacher: Die ÖVP hat nichts verbockt!*) Ja, meine Herren, Sie sind jetzt in der Regierung! Sie haben die Möglichkeit das alles

Schober

wieder gut zu machen, aber nicht zu lamentieren sondern hier ist Handlungsbedarf angesagt.

Dem Wort zur heutigen Sitzung, das war im Prinzip ein Mißtrauen gegen die eigene Partei, denn Ablenkungsmanöver in ihren Bereichen, vor allem im Bereich der Freiheitlichen, gibt es genug. Man braucht das nur jeden Tag über die Medien zu erfahren. Und der Vorwurf die Beamten und vor allem jene der HL-AG hätten hier etwas nicht rechtens getan oder etwas zuwenig getan, der geht auch voll ins Leere. Man weiß, Beamte sind weisungsgebunden und sie sind gewissermaßen der politischen Willkür ausgesetzt. (*Abg. Dr. Egger: Der HL-AG?! Sind das bei der HL-AG Beamte, um Gottes Willen! - Unruhe in der FPÖ-Fraktion*) Und am Minister Reichhold wird es liegen, all das in den Griff zu bekommen, sein eigenes Ministerium in den Griff zu bekommen, dorten diese Dinge zu koordinieren, die Bürgerinitiativen ... Denn eines muß uns ja auch klar sein, wir reden ja von dieser Stelle aus leicht, aber die Bürgerinnen und Bürger, die dorten wohnen, die ja nicht um ihr Eigenwohl kämpfen, sondern die kämpfen um eine Region, um einen sensiblen Bereich, das können wir von dieser Stelle aus sicherlich durch unsere Reden nicht gut machen. Und noch eines muß man auch sagen: Die Einbindung verschiedener Institutionen, die hier mit sehr viel Aufwand Studien erstellen, die muß auch in den Händen des Herrn Verkehrsministers koordiniert werden. Denn es gibt eine Organisation, nämlich die Gesellschaft für Verkehrswesen, die sehr massiv darauf drängt, diese Koralmbahn nicht zu errichten. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, das ist der Olsmüller, weil er dort nicht dabei ist!*) Wer das auch immer ist, es liegt in den Händen des Verkehrsministers, diese Dinge in den Griff zu bekommen, der nämlich sagt, daß also hier die Bahn von Deutschlandsberg nach Süden durch einen rund sechs Kilometer langen Tunnel über den Radlpaß und dann wieder zurück nach Kärnten geführt werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! All das ist Aufgabe des Verkehrsministers. Wobei ich schon weiß, es ist leicht vor den Wahlen über alles zu schimpfen, es ist aber viel schwieriger nach den Wahlen all diese Dinge zu vollbringen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Wurmitzer das*

Wort.)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Planungs- und Regionalreferent des Bundeslandes Kärnten möchte ich aus der Sicht der Standortsicherung für die Entwicklung der Wirtschaft dieses Landes einige grundsätzliche Gedanken anbringen. Erlauben Sie mir, daß ich auch feststelle, daß mir hier etwas zuviel politisches Kleingeld gedruckt oder geprägt wird. Die Lebensaufgaben, meine Damen und Herren, und die Verkehrsinfrastruktur für unser Land und die Hauptader, die verkehrspolitische Verkehrsader für unser Land, das muß Gemeinschaftsaufgabe sein. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Wir sollen uns dazu bekennen, daß es hier einen Grundkonsens unter all den Landtagsparteien gibt, weil sich von diesem Grundkonsens keine einzige Partei verabschieden kann und auch nicht soll und da helfen auch Schuldzuweisungen nichts.

Tatsache ist, daß aufgrund einer Standortuntersuchung der Europäischen Union die Infrastruktur für das Bundesland Kärnten derzeit nicht in Ordnung ist und zwar weder die straßen- und autobahnmäßige noch die schienenmäßige. Wir sind hier im Nachteil und wir haben es erdulden müssen, daß jahrzehntelang Investitionen in andere Bereiche Österreichs wichtiger waren als hier bei uns. Und das Verhältnis der Investitionen zwischen Westbahn und Südbahn war etwa 1 zu 10 und deswegen sind wir heute dort, wo wir sind. Und daher kann es hier nur ein gemeinsames Bestreben aller politischen Kräfte dieses Landes geben, daß wir hier gemeinsam vorgehen und sagen, das ist eine Lebensfrage für Kärnten und da lassen wir uns weder auseinanderdividieren und die Farbe des Ministers - darf ich sagen - ist mir gleichgültig. Die ist mir wurscht, auf kärntnerisch ausgedrückt. Ich will Leistungen! Ich will Taten sehen! Und deswegen halte ich auch nichts davon, daß so plakativ, so viel plakativ gearbeitet wird, wo dahinter dann nicht die entsprechende Absicherung durch Dokumente, durch Budgetbeschlüsse, durch Finanzmittel gewährleistet ist. Was wir brauchen ... (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Was wir brauchen, ist ein gemeinsames politi-

Wurmitzer

sches Bekenntnis. Was wir brauchen, sind gemeinsame politische Entscheidungen auf der Wiener Ebene, damit wir auch entsprechend sicher sein können, daß hier Schritt für Schritt umgesetzt wird. Ich stelle eines fest, daß auf der italienischen Seite die Schnellbahn bereits bei Tarvis steht, daß hier bereits ein Anknüpfungspunkt vorhanden ist, daß wir auf der Kärntner Seite bereits ein großes Güterumschlagsterminal haben - und zwar schon seit Jahren haben. Was uns fehlt, das ist die Bahnverbindung. Daher kann es nur ein Lebensinteresse sein, das möglichst rasch zu erreichen. Und deswegen verstehen Sie auch, warum die Österreichische Volkspartei heute beantragt hat, eine Fristsetzung in diesen Antrag hineinzugeben. Es geht eigentlich nur um eine einzige Erklärung in diesem Bescheid, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die aber rechtlich nicht gedeckt ist!*) daß diese Bahnlinie das ist, was sie tatsächlich ist, nämlich die internationale Anbindung eines gesamten Bundeslandes, eine Fernverkehrsstrecke. Wenn das im Bescheid drinnen ist, dann werden die Einwendungen, die jetzt zum Fall dieses Bescheides geführt haben sozusagen ad acta gelegt. Und das, meine Damen und Herren, muß in sechs Wochen möglich sein. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Ich würde es so sagen, diejenigen die das sozusagen rechtlich nicht richtig durchschaut und geklärt haben, sollen ihre Urlaubszeit dazu verwenden, um unserem Bundesland zu helfen und uns eine rasche Entscheidung ins Haus zu liefern. Das kann man verlangen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Es geht hier um einen enormen Reparaturbedarf. Und ich darf das als Vertreter des Landes sagen: Wir haben einen Rechtsanspruch drauf, daß uns nämlich nicht nur geholfen wird, sondern daß uns rasch geholfen wird. Wir brauchen diese Bahnlinie nämlich. Wenn man also die Wirkung anschaut, dann weiß man heute ganz genau, daß ohne internationale Verbindung und Bahnverbindung eine Wirtschaftsentwicklung im Land nicht möglich ist. Wir brauchen eine Achse von Ost nach West durch Kärnten genauso wie wir die Tauernbahn als Nord-Süd-Achse brauchen, um die Chancen für unser Land zu wahren. Und es ist müßig darüber zu diskutieren, ob das jetzt noch notwendig ist oder nicht, sondern es ist eine Tatsache, daß wir als Kärntner die Verbindung zu unserem östlichen Nachbarland Steiermark und zur zweitgrößten

Metropole Österreichs, das ist die Landeshauptstadt Graz, dringend notwendig haben. Und daß das gleichzeitig die Anbindung sein kann an den Korridor V über Graz, Marburg ist uns auch bewußt. Weil eine Anbindung durch den Loiblpaß werden wir schwer zustande bringen, so wie ich das realistisch beurteile. Ist auch nicht notwendig. Es reicht, wenn wir entsprechend angebunden sind und dafür ist Sorge zu tragen. Und es müssen also auch gegenüber der Republik und den anderen Ländern ... Kärnten muß vereint, geeint auftreten, dann werden wir unsere Pläne und unsere Ziele auch umsetzen. Alles andere ist meiner Meinung nach kontraproduktiv. Die Wirtschaft dieses Landes muß über entsprechende Standorte verfügen, die aufgeschlossen sind, die attraktiv sind, die den internationalen Ansprüchen für einen Wirtschaftsstandort was die Infrastruktur anbelangt auch entsprechen. Das ist unsere Aufgabe, das sicher zu stellen.

Und wenn der heutige Landtag dazu führt, daß wir bis zum 20. September einen entsprechenden alternativ und haltbaren Bescheid und rechtskräftigen Bescheid oder einen Bescheid in Händen halten, der mit Rechtskraft rechnen kann, dann ist diesem Land geholfen. Dazu wollen wir beitragen und dazu sind wir auch aufgerufen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Egger das Wort.*)

Abgeordnete **Dr. Egger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte mich heute eigentlich nicht zu Wort melden, weil schon soviel über das Projekt Koralmbahn gesprochen worden ist, aber als ich den Zusatzantrag der ÖVP in die Hände bekam - muß ich sagen - hat es mir einen Stich durch mein juristisches Herz gegeben (*Abg. Dr. Wutte: Durchs politische!*) und ich möchte jetzt wirklich Stellung nehmen zu diesem unsinnigen Antrag. Jeder, der sich im Verwaltungsverfahren auskennt, weiß, daß man in einem Verwaltungsverfahren so einen Fristsetzungsantrag nicht setzen kann. Und ich habe die Vermutung, daß hier wieder einmal die juristischen Laien der ÖVP am Werk waren. (*Abg. Dr. Strutz: Meinst den Sablatnig!*) Und wenn ich die Aus-

Dr. Egger

führungen des Abgeordneten Ramsbacher in Erinnerung rufe, dann wundere mich wirklich heute nichts mehr. Sie wissen, geschätzte Damen und Herren, der Verwaltungsgerichtshof hat den Bescheid aufgehoben. Das Verfahren ist wieder neu abzuführen. Die Sachverständigen müssen ergänzende Prüfungen machen im Projekt, es müssen weitere Unterlagen vorgelegt werden. Und was nicht zu vergessen ist: Das Projekt ist wieder aufzulegen und im Rahmen dieser Auflagefrist haben die Anrainer wieder die Möglichkeit, Stellungnahme zu beziehen. Wenn man das weiß und wieviele Bürgerinitiativen es gibt, ist es unmöglich, dem Ministerium mittels Antrag eine Frist zu setzen, bis 20. September einen Bescheid zu erlassen. (*Abg. Ramsbacher: Es steht auf "soll" ...*) Allein ob jetzt soll, muß, darf drinnensteht, es täuscht nicht hinweg, daß das inhaltlich ein Unsinn ist. Und die FPÖ-Fraktion wird diesen Unsinn nicht mittragen und daher nicht zustimmen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Für was wollts denn einen Sonderlandtag haben?*)

(*Der Vorsitzende erteilt LH-Stv. Dr. Ambrozy das Wort.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage, ob wir in Kärnten den Koralmtunnel brauchen oder nicht, ist zumindest von der SPÖ-Fraktion von Beginn an mit einem eindeutigen "Ja" beantwortet worden. (*Abg. Dr. Strutz: Vom Verkehrssprecher nicht!*) Und wir haben, Herr Kollege Strutz, auch alle Verirrungen Kärntner Politiker, unter anderem auch des jetzigen Landeshauptmannes, immer wieder auf Schiene gebracht, damit das ein gemeinsames Kärntner Projekt wird. Denn ich möchte doch daran erinnern - und das gerät ja so leicht in Vergessenheit - daß im Jahre 1999 im Juni in Triest eine Verkehrskonferenz des Alpen-Adria-Raumes stattgefunden hat. Und damals hat der Herr Landeshauptmann von Kärnten sehr wohl die Erklärung abgegeben, daß man an und für sich mit einer Anbindung an den Korridor 5 die Verkehrsprobleme in Kärnten gelöst hat. Und es hat dann den geschlossenen Widerstand der übrigen Parteien gegeben, um hier wieder eine gerade Linie, näm-

lich für den Koralmtunnel, einzuschlagen. Also man sollte nicht immer so tun, als wäre in der Vergangenheit nur fehlerhaftes Verhalten an den Tag gelegen und jetzt, weil die FPÖ die doch stärkere politische Verantwortung hat, funktioniert alles. Es ist in Wahrheit das Gegenteil der Fall. Denn ich möchte an einen Punkt auch erinnern, weil wir heute über Verkehrsinfrastruktur gesprochen haben.

Wer hat denn durchgesetzt, auch gegen den Widerstand der sogenannten "Ostmafia" - wie sie von Euch genannt wird - gegen den politischen Widerstand auch der Freiheitlichen Partei, daß wir in Fürnitz den großen Verschiebebahnhof haben, der heute wahrscheinlich was die Zukunft betrifft, eine der wesentlichsten Verkehrsprojektsentscheidungen war, die stattgefunden haben. Wer hat denn eigentlich nicht zu Stande gebracht, daß wir vom Beginn der 70iger-Jahre an bis heute eine entsprechende Straßenverbindung im Drautal haben? Man tut da immer so, als sei die Bundesregierung schuld gewesen. In Wahrheit haben die Verkehrsreferenten von dieser Zeit herauf es nicht zu Stande gebracht, in diesem Raum eine Trassenentscheidung herbeizuführen. Und wir sind heute noch zum Teil ein wenig entfernt davon. Und jetzt darüber zu reden, daß plötzlich die Mittel kommen, obwohl man nicht in der Lage war eine Trassenentscheidung herbeizuführen, ist wirklich Verhöhnung der Kärntner Bevölkerung, das möchte ich deutlich sagen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist so wunderschön, darüber zu reden. Man darf kein politisches Kleingeld drücken, wir müssen staatsmännisch über den Dingen stehen.

Die Frau Kollegin Egger hat wahrscheinlich jetzt, vollkommen ungewollt, die Dimension des Pfusches, der da passiert ist, aufgezeigt. Weil wir tun ja alle so, als müßten wir nur eine Zeile im Bescheid und dann sei alles in Ordnung. Da ist ja wieder ein gewaltiger Vorlauf da, der unter Umständen dazu führt, daß die Frist, die die ÖVP gemeint hat, und die wir übrigens unterstützen werden, weil hier geht es ums Tempo, das da gemacht werden soll, (*Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion.*) nicht eingehalten werden kann. Das ist ja der Punkt, um den es geht. Wir tun alle so, als sei da eine Bagatelle

Dr. Ambrozy

passiert, die man locker beseitigen kann. In Wahrheit ist hier ein fundamentaler Fehler passiert, der doch noch einige Verfahrensschritte, die Zeit in Anspruch nehmen werden, notwendig macht. Und daher ist diese Frist ja auch so wichtig, würde ich sagen, weil damit auch Druck auf das Verfahren ausgeübt wird. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir können auch nicht verschweigen, daß ja Kärnten durch Unterstützung des doch derzeit wichtigsten freiheitlichen Politikers, in einer Frage auch auf der Strecke geblieben ist. Eigentlich war sich die Kärntner Politik, das muß ich auch zur ÖVP hin sagen, die war da immer ungebrochen trotz ihrer niederösterreichischen Freunde, einig, daß wir den Semmering-Basistunnel gemeinsam mit dem Koralmtunnel brauchen, weil das in Summe eine runde Sache, was die Anschließung Kärntens an die Zentralräume östlich von Österreich ist, betrifft. Da waren wir uns einig. Konterkariert sind wir ja nur durch einen Politiker worden - das sollte man doch auch einmal wieder deutlich sagen - nämlich durch den jetzigen Landeshauptmann, der meint, die Kärntner Bevölkerung und wir alle werden das vergessen. Wir vergessen das nicht! Denn hier sind wir ebenfalls geschneuzt worden durch eine Unterstützung, die nicht notwendig gewesen wäre. Und damit hat sich der Landeshauptmann ja auch zum Steigbügelhalter für die Veränderung von Geldströmen gemacht, die uns abhanden gekommen sind.

Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ich jetzt lese in den Zeitungen, daß im Jahre 2003 der Anstich zum Koralmtunnel erfolgen soll, dann kann ich nur sagen, auch das ist nichts anderes als ein Hinterslichtführen der Kärntner Bevölkerung. Das was bis zum Jahre 2003 frühestens überhaupt stattfinden kann ist, daß man einen Probestollen anstechen wird können, um weiterzukommen. Aber hier so tun, als wäre das der Anstich des Koralmtunnels ist doch eine Frechheit der Bevölkerung gegenüber! Und das möchte ich hier im Hohen Hause auch einmal klar feststellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Schwager: Am Probestollen wird schon gearbeitet! - Abg. Kreuzer: Ja, genau!)* Wie? *(Abg. Schwager: Am Probestollen wird schon gearbeitet!)* An Probebohrungen, aber nicht am Stollen, Herr Kollege! Das ist ein

Riesenunterschied, wie du weißt! Wo gibts denn einen? Zähl ihn mir auf, sag mir, wo er anfängt? Ja, sag mir, wo er anfängt? *(Abg. Unterrieder: Der Gräberntunnel!)* Also tun wir nicht ... der ist eh schon bald fertig. Also lassen wir die Dinge im Dorf, ist ja nichts dabei. Ich weiß schon, man will so tun, als würde jetzt in zwei Jahren der Tunnel gebaut werden. 2004 werden wir den Durchstich haben und 2005 die Eröffnung. Das wäre also ein richtiges Szenario. Nur, das wird ja - wie wir wissen - nicht möglich sein und daher sollte man der Bevölkerung auch die Wahrheit sagen.

Und meine sehr geschätzten Damen und Herren! Jetzt möchte ich noch zu zwei Dingen etwas sagen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zur Gesundheit!)* Ja, übrigens dazu werde ich ... Herr Kollege Gallo, dazu werde ich was sagen. Weil da oben sitzen Vertreter der Bürgerinitiativen und hier werden wir sehr wohl auch einen Punkt anschneiden, der die Gesundheit der dort lebenden Bevölkerung betrifft. So leicht ist das nicht, auch wenn das ein Scherzzwischenruf war. Mir ist das sehr sehr ernst. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du mußt ja zur Sache sprechen!)* Ich möchte aber ... bitte, red' weiter! Achso, ich wollte nur die Klugheit deiner Aussagen dokumentieren. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man jetzt dahergeht und sagt, weil der Abgeordnete Eder sagt, man soll das Geld woanders einsetzen. Ja, natürlich wird er das sagen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann ist aber schon zu spät!)* Ja, wer hat denn den Elfer aufgelegt? Bei so einem Elfer täte ich das auch sagen, wenn ich ostösterreichischer Abgeordneter bin, wenn vom Kärntner Verkehrsreferat und vom Verkehrsministerium aus so ein Pfusch passiert. Dann werden die sagen: "Ja, was tuts denn mit dem Geld? Setzt es da ein, wir haben genügend Projekte". Und ich glaube, das sollte man auch so sehen. In Wahrheit gehts darum, daß hier ein wirklicher Pfusch passiert ist.

Und Herr Kollege Dörfler, also daß man dir die Unwahrheit im Haus sagt, ist mir überhaupt nicht erklärlich. Wenn man um halbzehn in der Nacht empfindlich den Herrn Bürgermeister Markut anruft und sagt: "Was sagst denn du so schiarche Sochn zu mir in der Presse, gell, das host jo du gor nit gsogt"! Und der Markut sagt: "Tuat ma lad, du muaßt was aushalten. *(LR*

Dr. Ambrozy

Dörfler: Mit mir red' er. - Mir sogt er die Wahrheit! - Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion aus. - Beifall der SPÖ-Fraktion.) Ja, ja, ja. *(Es herrscht Lärm und Unruhe im Hause.)* Du hast den Kärntner Landtag hier angelogen. *(LR Dörfler: Dein Bezirksparteiobmann sagt mir die Wahrheit.)* Das muß ich ganz deutlich sagen. *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Weil der Herr Kollege Markut war informiert ... *(Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich möchte also Sie aufmerksam machen, daß Sie die Würde des Hauses wahren. Das was Sie jetzt gesagt haben und auch früher schon, den Ausdruck "Frechheit" ist dieses Hauses nicht würdig, ist dieses Hauses nicht würdig! Sie wissen es ganz genau. Ich werde mir vorbehalten, darüber noch ein bißchen nachzudenken. - Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Unterrieder: Der Herr Landesrat Dörfler hat nicht die Wahrheit gesagt! - LR Dörfler: Das mußst aber beweisen! Das mußst aber beweisen, Adi! Ich warte darauf!)* Ich bin der, ... Herr Präsident! *(Vorsitzender: Am Wort ist der Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy!)* Herr Präsident! Wenn hier jemand die Unwahrheit spricht, dann darf man das im gut Deutsch-Chargon nennen und es soll der, der Behauptungen in den Raum stellt, sie auch beweisen und nicht unbewiesen sagen dürfen. Ich hätte mir hier auch etwas erwartet.

Nun aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte in dem Zusammenhang aber auch noch etwas sagen, was mir wichtig ist. Ich habe den Eindruck gewonnen, als daß man durch die Erklärung dieser Strecke zu einer Fernverkehrsstrecke alle Rechte der Bürger in Zukunft ausschalten kann und sozusagen ohne Einbindung dieser Rechte das weiterbetreiben kann. Und da muß ich ganz ehrlich sagen: Das ist eine Vorgangsweise, die für mich nicht würdig ist, wenn man so ein großes Projekt in Anspruch nimmt und baut. Denn, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier wird auch eine Entscheidung für ganze Generationen nach uns getroffen! Und wie diese Strecke dann gebaut ist, welche Qualität sie hat? Und vor allen Dingen, wie sehr und wie schädliche Auswirkungen auf die betroffene dort lebende Bevölkerung und deren angestammte Wirtschaftszweige sie hat. Das muß uns beschäftigen und das muß auch in die konkreten Entscheidungen bei jedem

einzelnen Abschnitt einfließen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich verlange daher auch, daß die berühmte Schienenemissionsschutzverordnung in der Weise abgeändert wird, daß für diese Planungsabschnitte andere Regeln gelten als für weniger sensible Bereiche. Denn wenn wir uns den Bereich Klopeiner See/St. Kanzian und Drauerung anschauen, dann ist das sowohl von der Bevölkerung her als auch von der Fremdenverkehrsentwicklung her, einer der sensibelsten Baubereiche, die wir haben. Und auf das hat eine vorausschauende Planung Rücksicht zu nehmen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Es ist daher auch eine unabdingbare Forderung von uns, daß das geschehen wird und wir werden sehr wachsam sein, ob die Interessen der Bürger hier eingebunden sind oder ob man drüberfährt. Und das ist keine Angelegenheit der HL-AG, wie man das so gerne darzustellen versucht. Denn die haben ganz konkrete, weisungsgemäße und ordnungsmäßige Vorgaben. Hier ist die HL-AG zu ermächtigen, im Interesse der Bürger andere Entscheidungen zu treffen, andere Planungsentscheidungen zu treffen, als sie bisher vorgegeben sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die heutige Sondersitzung des Landtages wäre nicht notwendig gewesen, wenn man ordnungsgemäß gearbeitet hätte. Sie ist aus meiner Sicht ein Ablenkungsmanöver von dem, was hier verbockt worden ist. Sie ist aber auch Gelegenheit, das sage ich auch dazu noch einmal, hier vor der Kärntner Bevölkerung zu dokumentieren, daß der einhellige Wille der politischen Vertreter dieses Landes klar und deutlich für diese Verkehrsverbindung, Eisenbahnverbindung, ist. Wenn das eine Wiederholung eines Willens ist, damit die Bevölkerung weiß, wo es langgeht und damit man auch in Wien, im zuständigen Ministerium weiß, wo es langgeht, soll mir das durchaus recht sein. Es ist heute schon gesagt worden. Für uns war das sehr angenehm, weil dem Mißtrauensantrag der Freiheitlichen Partei gegen ihre eigenen Minister, das sind schon parlamentarische Gustostückerln. Da muß man dabei sein, *(Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion aus.)* deshalb sind wir auch gekommen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lobnig das Wort.)

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Vieles ist heute im Zuge dieser Diskussion schon gesagt worden von allen Fraktionen. Ich werde mich auf ein paar wesentliche Dinge beschränken, die eigentlich mich oder zumindest meinen Bezirk Völkermarkt als Mandatar betreffen. Eingangs ist aber ganz sicherlich auch festzustellen, daß es die Freiheitliche Partei war, die bereits im Jahre 1989 den Koralmtunnel im Wahlprogramm gehabt hat und viele Parteien oder viele andere Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses nicht gewußt haben, was es heißt, Koralmtunnel oder Koralmbahn. Nur zur Information. Aber worum geht es mir im eigentlichen Sinne und vor allem was steckt dahinter? Wenn wir die alten Regierungen betrachten, die Arbeit der alten Regierungen - vor allem der SPÖ unter ihren eigenen Ministern - dann haben wir auch feststellen können, daß die gesamten oder zumindest der überwiegende Teil der Infrastrukturmittel des Bundes - und zwar 51 Prozent dieser Mittel in die sogenannte "West-Ost-Verbindung" investiert wurden und lediglich 15 Prozent, knappe 15 Prozent, in die Nord-Süd-Achse. Das heißt, der Rest ist im Zentralraum verblieben.

So gesehen haben wir natürlich als Kärntner einen wesentlichen Nachteil erfahren, was die infrastrukturelle Erschließung unserer Region betrifft. Daher auch für mich klar die Feststellung und auch von unserer Seite des Referenten, die Aufschließung des Südens, die hat in dem Sinn nach wie vor gefehlt. Was wir brauchen in Kärnten und vor allem in unseren Regionen sind nicht Korridore, sondern wir brauchen gut funktionierende Verkehrsnetze, nämlich in allen Regionen, die erschlossen werden, damit die Wirtschaftlichkeit belebt werden kann. Und das bringt natürlich für uns auch eine Erhöhung der großen Wettbewerbsfähigkeit. Und daher müssen wir diese Vorteile nutzen, um anderen Nachteile zu ersparen. Ich glaube, das ist einmal eine wesentliche Aussage, die uns eigentlich hier in diesem Bereich weiterhelfen soll. Wie wir ja wissen, bringt die Koralmbahn doch einen regionalen Nutzen von rund 2 Milliarden Schillingen, wenn man das betrachtet, in Schillingen ausgedrückt - 2 Milliarden Schillinge per anno. Daher müssen wir wirklich alles daran setzen,

daß diese Realisierung so rasch wie möglich kommt.

Natürlich - und das ist auch unsere Prämisse - auch unter Berücksichtigung der Anrainerrechte. Weil ich sage, jene Korridore oder jene Linien, die neu gebaut werden und hier bereits bestehende Siedlungen und Bewohner sind, dann ist denen auch der größtmögliche Anrainerschutz in der Form zu gewährleisten. Daher, meine Damen und Herren, von unserer Seite gibt es nicht Versäumnisse, es gibt uns einen ... Ja, möchte ich sagen 14 Tage oder vielleicht ein Monat zurückschmeißen wird das ganz sicher. Aber wir müssen alles daran setzen und auch die Fachbeamten werden alles daran setzen, damit wir diesen Rückschritt aufholen können und nach wie vor in der Planungsphase und in der Umsetzung unseren Fortschritt erreichen werden. Ich danke vielmals! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube zwei Dinge vorweg sollte man einmal klarstellen. Die Hochleistungs AG ist nicht die bescheiderlassende Stelle sondern der Antragsteller und daher sind die Angriffe in dieser Richtung auch einmal in aller Deutlichkeit zurückzuweisen. Ich kann nur aus der Erfahrung unseres Bezirkes sagen, daß bei der Vorbereitung von Trassen zumindest sehr bürgernahe gearbeitet wurde. In meinem Bereich wurden auch sämtliche Bürgerinitiativen eingebunden. Allerdings sollte man auch nicht verschweigen, daß es Gebiete gibt, in denen eine Hochleistungsstrecke relativ einfach zu bauen ist, wie etwa in dem Bereich von der Drau anschließend durch das Jauntal, wo es eben durch landwirtschaftliche Gebiete und durch Forstgebiete geht. Es gibt andere Bereiche, wie der Seebereich rund um den Klopeinensee in der Gemeinde St. Kanzian, die hoch sensibel sind. Daher sind jene Argumente, die bisher vorgebracht wurden durchaus stichhältig, daß man gerade dort, wo es wirklich problematisch wird auch unter erhöhter Beteiligung der Bevölkerung die Planung durchzuführen hat. Aber ich

Mag. Grilc

denke ja, daß die Hochleistungs AG von ihrem Personal her in der Lage ist und wäre, das so zu tun. Wir werden selbstverständlich diese Initiativen insofern unterstützen. Nur eines - glaube ich - muß man aber auch in aller Deutlichkeit festhalten. Wenn wir am Ziel einer Hochleistungsstrecke festhalten, dann wird es Bereiche geben, die auch weh tun. So unpopulär das ist, aber es wird unvermeidlich sein, daß man da und dort sogenannte Schnitte setzt. An dem sollte man nicht vorbeidiskutieren.

Und ein zweites: Die rechtliche Situation, daß ein Verwaltungsgerichtshof einen Bescheid aufhebt, sollte bitte wirklich nicht dazu führen, daß man jetzt auf einmal die Gerichtsbarkeit in Frage stellt, denn der Fehler ist im Bescheid selbst. Und damit möchte ich auch eines klarstellen, warum wir eine Frist fordern ist etwas sehr, sehr einfaches. Man kann Verfahren lässig, manchmal zu lässig angehen oder konzentriert. Und das was wir mit dieser Fristsetzung wollen - und ich bin dankbar, daß die SPÖ offenbar diesen Antrag mitunterstützen wird - ist eines, eine klare Verfahrenskoordination. In anderen Bereichen erleben wir das, wenn man sich bemüht, wenn man alle betroffene Stellen zusammenholt, den Fahrplan festlegt, dann kann man auch in kürzester Zeit gemachte Fehler auch wieder ausbessern. Das ist der Hintergrund und die Zielsetzung und diese Verfahrenskoordination, die brauchen wir dringend. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung zum Antrag vor. Ich komme zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der jetzt in der Sache beschlossen werden wird. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist einstimmig so beschlossen.

Es liegen zwei Zusatzanträge vor. Ich darf den Landtagsdirektor ersuchen, diese Anträge vorzutragen. Als ersten Zusatzantrag, den von der sozialdemokratischen Fraktion.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der Zusatzantrag der SPÖ lautet:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, umgehend bei der Bundesregierung sicherzustellen, daß der Bau des Semmering-Basistunnels ermöglicht wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist einstimmig so beschlossen.
Ich bitte, den Zusatzantrag der ÖVP zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Zusatzantrag der ÖVP mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der neue Bescheid für den Streckenabschnitt Althofen/Drau bis Klagenfurt, Bestandkilometer 111,200 bis Bestandkilometer 124,095 der Koralmbahn soll bis spätestens 20. September 2002 erlassen werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wer diesem Zusatzantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist mit Mehrheit von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ so beschlossen.

Hohes Haus! Damit ist dieser erste Dringlichkeitsantrag behandelt. Bevor ich den Landtagsdirektor ersuche, den zweiten Dringlichkeitsantrag zu verlesen, erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy einen Ordnungsruf, da er den Herrn Landesrat Dörfner vorgeworfen hat, das Parlament belogen zu haben. Bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. *(Unruhe in der SPÖ-Fraktion)*

Ich bitte, zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs ... (*Abg. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung!*)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich will Sie nicht korrigieren, aber Sie können nicht einem Regierungsmitglied einen Ordnungsruf erteilen, was nicht geht! Das ist ...

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Klubobmann, ich würde empfehlen, daß Sie die Geschäftsordnung lesen, da steht's drinnen. (*Unruhe in der SPÖ- und FPÖ-Fraktion - Abg. Dr. Strutz: Das war einmal, Adi!*)

So! Ich bitte, den Herrn Landtagsdirektor zu berichten und ich werde dem Herrn Klubobmann den Paragraphen sofort zeigen. (*Abg. Dr. Strutz: Nachhilfeunterricht!*)

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A. Weiterer Dringlichkeitsantrag:

2. Ldtgs.Zl. 612-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rettung der Halbinsel "Maria-Loretto" mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, umgehend in Verhandlungen mit Vertretern der Stadt und des Bundes zu treten, um das gesamte Areal der Halbinsel "Maria-Loretto" (bestehend aus dem Jachthafen, Strandbad, Schloß und Restaurant) anzukaufen, damit dieses Naturjuwel für die Öffentlichkeit in seiner Gesamtheit erhalten bleibt.

(*Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Dringlichkeit dieses Antrages begründet sich mit einer morgen stattfindenden Stadtsenatssitzung in Klagenfurt, wo eine der letzten Möglichkeiten besteht, hier eine Weichenstellung vorzunehmen, die dieses wichtige Naherholungsgebiet in seiner landschaftlichen Einzigartigkeit für die

Klagenfurter Bevölkerung retten kann. Die Notwendigkeit ergibt sich weiters daraus, daß bereits ein großes privates Immobilienbüro mit der Veräußerung dieses Grundstückes beauftragt ist und auch hier eine Fristsetzung im Hintergrund ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben sehr oft hier im Hohen Haus über die Notwendigkeit der Sicherung des Zuganges zu den Seeufnern gesprochen. Wir haben einen eigenen Fonds eingerichtet, der genau dieselbe politische Zielsetzung hat. Hier haben wir rechtzeitig aufgezeigt, durch die Initiative des SPÖ-Vizebürgermeisters Wiedenbauer aufmerksam machen können, daß eines der größten Naturjuwelen gefährdet ist. Wir treten daher als sozialdemokratische Fraktion dafür ein, daß diese aus vier Teilbereichen bestehende Halbinsel - das ist der Jachthafen, das Strandbad, das Schloß und das Restaurant - als gesamtes einheitliches Grundstück für die Öffentlichkeit erhalten bleibt. Es hat eine gemeinsame Initiative im Klagenfurter Gemeinderat gegeben, wobei die letzteren beiden Bereiche nämlich das Strandbad und der Jachthafen nicht in Frage gestellt sind. Durch verschiedenste Initiativen aber auch durch den Druck der Bevölkerung ist es mittlerweile so, daß zumindest aus der Einschätzung heraus, daß der Großteil der in Klagenfurt verantwortlichen Politiker zur Rettung bereit ist. Wichtig wird es sein, daß damit auch eine Finanzierungssicherheit gegeben wird und genau diese Finanzierungssicherheit in der dargelegten Form beinhaltet dieser Antrag.

Dr. Kaiser

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß auch dieser Dringlichkeitsantrag der SPÖ ein Maßstab dafür ist, wie ernst wir selbst unsere Begründungen, unsere Anträge hier im Hohen Haus nehmen. Wir haben verschiedentlich gemeinsam Dinge beschlossen, die letztlich auch den freien Zugang zu Seeufern gesichert haben. Ich fordere Sie auf und appelliere im Namen der Klagenfurter Bevölkerung an Sie, diese Einheitlichkeit heute mit einer Zustimmung zum SPÖ Antrag zu dokumentieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter Dr. Wutte (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir unterstützen diesen Antrag deshalb, weil er eine Initiative der Stadt ist, die ja bereits im laufen ist, sozusagen auch von der Landesseite unterstützt. Ich darf vielleicht sagen, das werden die meisten ja ohnehin wissen, daß ja seitens der Stadt vertreten durch den Bürgermeister Harald Scheucher ohnehin schon einige Bemühungen und Vorkehrungen in diese Richtung getroffen worden sind. So kann gesagt werden, daß es auch eine aufrechte Option zum Erwerb dieses Gesamtkomplexes gegenüber der Stadt und für die Stadt Klagenfurt gibt, und daß der Bürgermeister selbst ja bereits in Verhandlung mit dem Finanzreferenten des Landes aber auch mit den zuständigen Bundesministerien steht, und daß wir davon ausgehen können und sollen, daß es hier zu einer vernünftigen Lösung im Interesse - da gebe ich Peter Kaiser Recht - der Bevölkerung kommt. Wenn wir uns diese Zone anschauen als Klagenfurter, dann sehen wir, daß wir immenses Interesse haben müssen, diesen Gebietsteil öffentlich zu halten. Denn alle Dinge, die sich im und rund um das Klagenfurter Strandbad abspielen sind ja solche, die Flächen brauchen. Ob das jetzt die Seebühne ist, ob das das Beach-Volleyball ist, alles wird sozusagen auf öffentlichen Grund und Zugang zum See veranstaltet und ist damit sozusagen nutzenorientiert. Daher ist es logisch, daß wir uns nicht einengen wollen in dieser Klagenfurter Bucht weder vom Süden noch vom Norden her durch andere Nutzungen insbesondere nicht durch Private, um den Spiel-

raum für die Zukunft nicht zu verlieren.

Was die Beurteilung des Gesamtkomplexes betrifft - Peter - ist natürlich die Frage inwieweit eine Teilveräußerung auch im Sinne der Eigentümergemeinschaft nicht doch dann zum Tragen kommen wird oder kann. Das ist eben auch Frage der Verhandlungen. Es kann durchaus sein, daß eben Jachthafen und Strandbad möglicherweise veräußert werden, das Schloß und Restaurant dann nicht, aber dennoch im Besitz der jetzigen Eigentümer behalten werden können. Auch das ist eine Sache von der man nicht weiß, wie sie ausgeht. Aber ich glaube, da sind wir relativ offen. Das heißt, wir wollen ja den Fuß in die Tür bekommen, um andere Nutzungen als sie jetzt stattfinden zu verhindern und um möglichst breiten Zugang auch für die Kärntner Bevölkerung zu erhalten. Daher, wenn das eine ernst gemeinte Willenskundgebung des Kärntner Landtages sein soll, wird sie von uns unterstützt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter Dr. Strutz (FPÖ):

Hoher Landtag! Die freiheitliche Fraktion hat durch ihr Verhalten hier im Hohen Haus aber auch in Klagenfurt klargemacht, daß wir ein großes Interesse daran haben, daß so viel wie möglich öffentliche Grundstücke, die den Zugang zu den Seeflächen in Kärnten sicherstellen, auch der öffentlichen Hand erhalten bleiben sollen.

Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag jedoch die Dringlichkeit aus zwei Gründen nicht geben. Erstens habe ich mehrmals klargemacht, daß die Freiheitliche Fraktion nur Dringlichkeitsanträge unterstützt, die auch in der Klubobleutekonferenz angekündigt werden, wo unsere Fraktion die Möglichkeit hat, darüber zu beraten. *(Unruhe in der SPÖ-Fraktion)* Und zweitens damit wir von der finanziellen Bedeckung dieses Antrages und der Dimension dieses Antrages einigermaßen informiert sind. Wir sprechen hier von 24 Millionen Euro, die notwendig sind. Der Antrag verlangt den Ankauf einer gesamten Halbinsel, der Halbinsel "Maria-Loretto". Kollege Kaiser hat das klar gemacht mit dem gesamten Jachtha-

Dr. Strutz

fen, mit dem Strandbad, Schloß und Restaurant. Können Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ungefähr die finanzielle Dimension dieses Antrages vorstellen? Können Sie mir eine Zahl nennen? Das ist nicht der Fall! Das ist unseriöse Politik. Wir werden diesen Antrag in den zuständigen Ausschuß verweisen. Wir werden - und der Kollege Wutte hat ja darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit der Stadt und dem Bund ja bereits im laufen sind, ... Hier geht es ja um konkrete Gespräche. Das ist unseriöse Politik, die betrieben wird. Das nächste Mal bringen wir vielleicht einen Antrag ein, daß wir den Mittagsgogel kaufen sollen von Seiten des Landes. (*Abg. Dr. Wutte: Der gehört ja dem Rogner!*) Ja, wollte ich gerade sagen! Die Öffentlichkeit sollte ja hier so wie gleichlautend in diesem Antrag ... Die Landesregierung soll ja hier auch etwas kaufen von einer privaten Familie. Bei dieser Art von Politik gehen wir nicht mit und deshalb werden wir auch nicht die Dringlichkeit geben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da die Freiheitliche Fraktion diesem Antrag nicht zugestimmt hat.

Hohes Haus! Ich darf noch einmal (*Der Vorsitzende wird darauf aufmerksam gemacht, diesen Antrag einem Ausschuß zuzuweisen.*) ... ja, ich werde diesen Antrag zuweisen, und zwar dem Ausschuß für Finanzen und Wirtschaft. Ich darf dem hohen Landtag mitteilen, daß im § 79 der Geschäftsordnung es klar geregelt ist, welchen Personen der Präsident einen Ordnungsruf geben kann, sowohl den Abgeordneten wie auch den Mitgliedern der Landesregierung. Somit ist der Vorwurf von Herrn Klubobmann Unterrieder zurückzuweisen und nicht gedeckt.

Wir haben somit die Tagesordnung um Punkt eine Minute nach zwölf erfüllt. Ich danke für die Mitwirkung und ich wünsche Ihnen weiterhin angenehme erholsame Wochen. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 12.05 Uhr